

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 245 · 21. JAHRGANG · AUSGABE 6/2015 · VOM 3. JUNI 2015 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

4 | **Der Hütchenspieler
im Rathaus**
Weniger Stunden für Schulsozialarbeit

10 | **Herr W.
wertet auf**
Die W-Straße in Nord-F

14 | **Ein Stadtrundgang
in die Geschichte**
70 Jahre ist es her

Pressefest

6. Juni 2015 · ab 13 Uhr · Ulrich-Speicher
Friedrich-Ebert-Straße 12 · Haus-, Hof- und Straßenfest

Das Programm:

14 Uhr: Der Chor IWUSCHKA singt russische Volkslieder.



Foto: Sireel NUDA/WOLGA

Die ganze Zeit gibt's geistige Nahrung aus der BBP-BÜCHERKISTE und an Infoständen. Mit dabei sind u.a. das Kiezmagazin MAXE aus dem Brandenburgischen Viertel und das Politmagazin ROTFUCHS.



Foto: SCHRAMMEL-ECKE

**16 Uhr und
zwischendurch:**
Moderne Heimatlieder von
und mit dem Liedermacher
SCHRAMMEL-ECKE

Irgendwann gegen 13.30 Uhr wird der Vereinsvorsitzende Dr. Manfred Pfaff die Gäste begrüßen, eine (hoffentlich kurze) Rede halten und das Pressefest offiziell eröffnen.

14.30 Uhr: Das KOLLOQUIUM IM FLUR heißt so, weil es nicht auf dem Hof und nicht auf der Straße, sondern im Flur des Bürohauses Ulrich-Speicher stattfindet.

- 20 Jahre »Barnimer Bürgerpost« (Gerd Markmann)
- Wachstum und Verschuldung im zinsbasierten Wirtschaftssystem (Dr. Ulrich Pofahl)
- FreiRäume und Hebewerke (Christoff Gäbler)
- Zur Ökonomie freier Projekte am Beispiel der Barnimer Bürgerpost (Dr. Manfred Pfaff)
- Neues vom braven Soldaten Schweyk (Hartmut Lindner)



13 bis 17/18 Uhr: Für das leibliche Wohl sorgen BÄCKERMEISTER KARL DIEDRICH mit frischem Schürzkuchen und die ZONENBOYS GRILLBUDE, wo es etwas deftiger zugeht.

1995

20 Jahre

2015

Wir trauern

Unser »Pitti« hat uns verlassen.

Jürgen Klaus Meißner

wurde 73 Jahre alt. Am 25. April hörte sein Herz auf zu schlagen.

Pitti Meißner gehörte zu den Gründungsmitgliedern des Barnimer Bürgerpost e.V. und ersponserte vor 20 Jahren den Druck der ersten Ausgabe der »Barnimer Bürgerpost«. Auf unser Pressefest zum 20. Jahrestag der »Barnimer Bürgerpost« am 6. Juni hatte er sich gefreut. Sein Stuhl bleibt nun leer.

»Unbequem wollen wir sein« sang die Klaus-Renft-Combo im Jahr 1973. Pitti war so ein »Unbequemer«. Vor 1990 und nach 1990.

Zu DDR-Zeiten eckte er zuweilen an. In der BRD schlug ihn ein Polizist aus nichtigem Grund zusammen. Ähnlich nichtig war der Grund, der ihn für einen Tag hinter die Gitter einer BRD-Justizanstalt brachte.

So war unser Pitti. Unbequem, immer auch ein bißchen provokativ und vor allem unbeugsam, wenn's hart auf hart ging. Der Schläger in Uniform mußte selbige übrigens später ausziehen.

In der PDS schaffte es Pitti Anfang der 90er Jahre bis in den Landesvorstand Brandenburg. Aber bald litt er unter der Anpassung der Partei an die realkapitalistischen Verhältnisse, ihrem »Ankommen« in der BRD.

1995 war er maßgeblich mitbeteiligt an der ersten demokratischen Bürgermeisterabwahl in Eberswalde. Mit der Bürgerbewegung »25. Juni«, benannt nach dem Abwahltermin des ersten Nachwendebürgermeisters, gehörte Pitti Meißner zu den ersten, die voller Enttäuschung über dessen Politik auch dem zweiten Eberswalder Nachwendebürgermeister das Vertrauen entzogen. Die Broschüre von 2003 »Der Versuch einer Bilanz – Die Bilanz eines Versuchs. Acht Jahre Bürgermeister Reinhard Schulz« zeugt davon. 2006 war es dann soweit, daß auch der zweite BRD-Bürgermeister von den Eberswalderinnen und Eberswaldern abgewählt wurde.

Ein wesentliches Handlungsfeld sah Pitti in der Förderung der Alternativen Energien. Er gehörte 1996 zu den Initiatoren des Arbeitskreises Alternative Energien Eberswalde. Auf diese Entwicklung sprang später, als sie zur Staatspolitik geworden war, der Landkreis auf (ERNEUER:BAR). An die ursprüngliche Initiative erinnert sich dort freilich niemand mehr.

Auch später mischte sich Pitti Meißner in die öffentliche Diskussion ein. Das ist in der »Barnimer Bürgerpost« nachzulesen.

Nun hat sich sein »Schandmaul« für immer verschlossen. Wir werden es vermissen.

Dr. MANFRED PFAFF
(Vorsitzender des Barnimer Bürgerpost e.V.)

GERD MARKMANN
(Redakteur der »Barnimer Bürgerpost«)

Mitstreiter eingeladen

Zum Pressefest »20 Jahre Barnimer Bürgerpost« am 6. Juni haben Redaktion und Vereinsvorstand ausdrücklich auch alle ehemaligen Wegbegleiter eingeladen, die im Laufe der 20 Jahre unsere Leserzeitung zu den Abonnenten brachten, die Bürgerpost auf der Straße oder andernorts verkauften, logistische Hilfe beim Transport der einstmaligen Druckvorlagen oder bei der Abholung der fertig gedruckten Exemplare leisteten oder anderweitig mitgemacht haben. Beim Heraussuchen der Adressen staunte der Redakteur, daß am Ende mehr als 50 Namen auf der bei weitem nicht vollständigen Liste standen. Schmerzlich war die Erkenntnis, daß eine Reihe guter Freunde das Jubiläum nicht erleben. Das Pressefest wird die Erinnerung auch an diese Weggefährten einschließen.

kumentiert.

Freier Eintritt

Das Pressefest »20 Jahre Barnimer Bürgerpost« ist offen für alle und kommt ohne öffentliche Fördermittel und ohne einen privaten Großsponsor aus. Die Organisation des Pressefestes erfolgt nach dem bekannten Bürgerpost-Prinzip: Selbermachen und den materiellen Aufwand durch Eigenerwirtschaftung (hier auf Spendenbasis) aufbringen. Genauere Informationen zum Bürgerpost-Prinzip gibt es auf dem Kolloquium im Flur Auskunft.

Stadtzentrum zum Pressefest großräumig gesperrt

Eberswalde (bbp/prest-ew). Am Tag des Pressefestes »20 Jahre Barnimer Bürgerpost« finden im Eberswalder Stadtzentrum einige weitere Events statt, wie der Tag der offenen Tür und das Campusfest der Hochschule für Nachhaltige Entwicklung Eberswalde (HNEE) und das städtische Straßenkulturfest FinE. Um die Festivitäten zu ermöglichen, ist das Stadtzentrum vom 6. Juni, 5 Uhr früh, bis 7. Juni, 5 Uhr früh, großräumig für den Autoverkehr gesperrt. Die Breite Straße im Innenstadtbereich sowie die Juden-, Friedrich-Ebert- und Michaelisstraße sind komplett gesperrt. Umleitungen

Kolloquium im Flur

Ein Kolloquium ist laut Wikipedia nichts weiter als ein »fachlicher Gedankenaustausch«. Wie langjährige Bürgerpostleser wissen, befassen wir uns immer mal wieder mit der »unabhängigen Leserzeitung« als gesellschaftliches Phänomen, deren 12 Monatsausgaben Jahr für Jahr zwischen 100 und 120 Menschen nutzen, um ihre Erfahrungen und ihre Sicht auf die Welt ändern mitzuteilen. Zum 10. Jubiläum sprachen wir von einem »Sozialen Experiment jenseits der abstrakten Wertproduktion«. Inzwischen sind wir um viele Erfahrungen und Erkenntnisse reicher. Das Kolloquium soll das dokumentieren, die Gedanken zusammenfassen und Anregung zum Weiterdenken geben. Die Kolloquiumsbeiträge, für die jeweils zehn Minuten vorgesehen sind, werden in den nächsten Ausgaben der »Barnimer Bürgerpost« do-

Redaktionsferien

Die Sonne steht hoch, die Tage sind lang. Die BBP-Redaktion nutzt diese Zeit, um Ferien zu machen. Bis zur nächsten Ausgabe dauert es daher diesmal ein bißchen länger. Die Juli-Ausgabe erscheint etwas verspätet am 21. Juli. Redaktionsschluß ist wie gewohnt am vorherigen Donnerstag, dem 16. Juli. Danach geht es, so ist zumindest der Plan, im gewohnten Vier-Wochen-Rhythmus bis zum Dezember weiter.

GERD MARKMANN,

Redakteur der »Barnimer Bürgerpost«

sind ausgeschildert. Parkplätze stehen nur begrenzt zur Verfügung.

Besucher erreichen das Pressefest »20 Jahre Barnimer Bürgerpost« auf dem Hof des Ulrich-Speichers in der Friedrich-Ebert-Straße 12 zu Fuß, per Fahrrad oder mit dem Obus. Die Barnimer Busgesellschaft verstärkt dazu die Stadtlinien. Die Obusse 861 und 862 verkehren zwischen 10 und 19 Uhr im 20-Minuten-Takt. Aufgrund der umfangreichen Sperrungen im Stadtgebiet verkehrt der Obus über die Eisenbahnstraße mit Haltestellen direkt auf der Schwärzebrücke.

Denkt er sich etwas dabei?

Das ist meine Frage und gleichzeitig meine Sorge, daß ER, der tüchtige Arbeiter in der Rüstungsindustrie, bei der Waffenproduktion nur an seinen »festen Arbeitsplatz« denkt und keine Sekunde darüber nachdenkt, wie und wo mit »seinen Waffen« Frauen, Kinder und arme, alte Menschen umgebracht wurden und werden.

Je mehr Waffen produziert werden, desto mehr Trauer, Elend, Hunger – und Flüchtlinge, die überleben möchten!

Die Rüstungsbetriebe stehen in voller Blüte. Die Nachrichten sind voll von Kriegsschauplätzen und es werden nicht weniger. Kriegstreiber sorgen für weitere Konflikte in der Welt. Das Waffengeschäft bringt auch den deutschen

Bossen sichere Profite und kann sich damit eine Regierung kaufen, die für Kriegseinsätze stets bereitwillig ihre Zustimmung gibt.

Solche Freunde der deutschen Regierung, wie die Regierungen in Israel und den USA, betreiben absolut keine Friedenspolitik.

Ich sehe noch, wie sie meine tote Tante mit ihrem toten Baby in Köln im Luftschutzkeller ausgruben und sie waren nicht die einzigen, lieben Verwandten, die der Krieg mir genommen hat. Ich bitte alle, die ihr den Frieden liebt, wehrt Euch gegen Kriegshetze, verbreitet den Friedenswillen wo immer ihr seid. Leider mußte ich erfahren, was fast 6 Jahre brutaler Krieg bedeutet.

Eure ROTE OMA

Unfaß-BAR!

Unbelehr-BAR?

Kein Aufstand der Demokraten

»Es braucht einen Aufstand der Demokraten im Kreistag«, so mein Appell im Rahmen der Einwohnerfragestunde des Kreistages vom 20. Mai. Thema war die Beschlußfassung zu den »kreislichen Energiewerken«. Ein Abgeordneter klatschte Beifall, sonst Totenstille. Danach wies der Landrat meine Ausführungen »aufs Schärfste zurück« und versuchte die Nichtöffentlichkeit der Sitzung der Ausschüsse A 4 und A5 am 25. März (BBP 4/2015) zu rechtfertigen.

Dabei beinhaltete die Antwort auf meinen Widerspruch bei der Kommunalaufsicht im Ministerium des Inneren und für Kommunales (MIK) gerade im Kern, daß hier gegen den Grundsatz der Öffentlichkeit verstoßen wurde. Das MIK schreibt: »Zusammenfassend muß festgestellt werden, daß ein Grund zum Ausschluß der Öffentlichkeit bei der Ausschußsitzung aus vergaberechtlicher Sicht nicht zu rechtfertigen war.«

Diese Antwort vom 4. Mai erhielt der Landrat als Kopie zur Kenntnis. Er wurde »nachdrücklich aufgefordert dafür Sorge zu tragen, daß der Öffentlichkeitsgrundsatz bei Sitzungen beratender Ausschüsse künftig Beachtung findet.«

Einzig erkennbare Schlußfolgerung des Landrates bis zur Kreistagsitzung war ein Schreiben des 1. Beigeordneten Bockhardt an die Fraktionsvorsitzenden, worin er informiert:

Der Ausschluß der Öffentlichkeit war daher aus vergaberechtlicher Sicht nicht gerechtfertigt. Zudem waren die Einladungen zur Sitzung nicht von den beiden Ausschußvorsitzenden unterzeichnet, so daß die Einberufung fehlerhaft war. Da die beiden Ausschüsse beratend tätig sind, sie keine Entscheidungen getroffen, sondern sogenannte Beschlussempfehlungen abgegeben haben, denen keine darauf beruhende Entscheidung des Kreistages gefolgt ist, führt der Verstoß gegen den Öffentlichkeitsgrundsatz und die fehlerhafte Einberufung nicht zu einer kommunalaufsichtsrechtlichen Beanstandung. Das Büro des Kreistages wurde bereits am 21. April 2015 darauf hingewiesen, daß Einladungen zu Ausschußsitzungen von den Vorsitzenden zu unterschreiben sind. Es wird zudem dafür Sorge getragen, daß der Öffentlichkeitsgrundsatz auch bei Sitzungen beratender Ausschüsse künftig Beachtung findet. Für die Irritationen, die durch den Ausschluß der Öffentlichkeit bei dieser Sitzung entstanden sind, möchte ich mich entschuldigen.

Damit betrachtete der Landrat die Angelegenheit als erledigt.

Im Sinne einer Einwohnerfrage wandte ich mich am 15. Mai schriftlich an den Landrat und die Kreistagsabgeordneten und benannte Schlußfolgerungen, die der Kreistag ergreifen sollte. Der Landrat antwortete darauf in der Kreistagsitzung am 20. Mai nicht, sondern vertröstete auf eine schriftliche Beantwortung.

Die Kreistagsabgeordneten hatten am Tag der Kreistagsitzung noch keine Kenntnis von meinem Schreiben. Mein Versuch, die Anfrage vor Sitzungsbeginn auf die Tische der Abgeordneten zu legen, wurde zunächst als unzulässig erklärt, dann aber doch noch gestattet. In meinem Schreiben hatte ich vorgeschlagen:

1. Das Schreiben des Ministeriums des Inneren und für Kommunales vom 4. Mai zum »Verstoß gegen den Grundsatz der Öffentlichkeit bei Sitzungen beratender Ausschüsse des Kreistages Barnim« ist den Mitgliedern des Kreistages und seiner Ausschüsse zu übergeben und in den Ausschüssen auszuwerten...
3. Die als nichtöffentlich deklarierte Niederschrift der Sitzung der Ausschüsse A4 und A5 ist öffentlich machen. Sie ist dementsprechend im Kreistagsinformationssystem einzustellen...
5. Das inzwischen eingeleitete Vergabeverfahren ist zu stoppen und die Arbeiten an erteilten Auftragsvergaben zu unterbrechen, evtl. ist der erteilte Zuschlag zu widerrufen.
6. Der Kreistagsbeschluß Nr. 47-4/15 vom 11.02.2015 wurde nicht realisiert. Die Ausschreibung für Machbarkeitsstudie wurde nicht durch Ausschüsse bestätigt (Tischvorlage, Beratung ohne Vorbereitung, keine Gespräche mit interessierten und sachkundigen Bürgern).
7. Die Ausschüsse A4 und A5 sind zu einer erneuten außerplanmäßigen Ausschußsitzung einzuberufen. In dieser ist das Thema »kreisliches Energiewerk« als Aufgabenstellung für eine Machbarkeitsstudie erneut zu diskutieren und Beschlußvorschläge für den Kreistag zu unterbreiten.

Auf die Antworten des Landrates darf man gespannt sein. Noch beschäftigen sich Kreisverwaltung und Kreistagsabgeordnete nicht wirklich mit dem Thema. Das Schreiben der oberen Kommunalaufsicht zum Verstoß gegen den Öffentlichkeitsgrundsatz liegt den Abgeordneten auch noch nicht vor, wie zur Ausschußsitzung des A4 am 27. Mai offensichtlich wurde. Der Ausschuß hätte besondere Veranlassung gehabt, sich mit seinem rechtswidrigen Ausschluß der Öffentlichkeit in seiner Sitzung am 25. März zu beschäftigen. Davon war in der Sitzung nichts zu merken. Es gab nur erstaunte Gesichter, als ich fragte: »Kennen Sie inzwischen den kompletten Text des Schreibens des Innenministeriums in dieser Sache und welche Schlußfolgerungen ziehen Sie daraus? Haben Sie meinen Brief zur Kenntnis genommen und teilen Sie die darin von mir empfohlenen Maßnahmen?«

Es bleibt zu hoffen, daß mein erneuter Anstoß eventuell doch zu neuen Einsichten führt. Zumindest gab es unter dem Punkt Sonstiges erste Ansätze dazu.

Es war Zufall, daß der Kreistag am 20. Mai auch über eine Änderung der Hauptsatzung im Abschnitt »Unterrichtung und Beteiligung der Einwohnerinnen und Einwohner« zu befinden hatte. In der Begründung heißt es: »Nach Auffassung des Ministeriums des Inneren und für Kommunales ist die Einwohnerbeteiligung in unserer Hauptsatzung nicht ausreichend geregelt. Geregelt

sei nur die Unterrichtung der Einwohner, nicht jedoch die Einwohnerbeteiligung als Form eines Dialoges zwischen Einwohnern und Landkreis.«

Dies ist ein weiteres amtliches Zeugnis von Demokratiemängeln im Barnim. Dabei tut sich die Kommunalaufsicht des Landes gewiß schwer, derart kritische Bewertungen vorzunehmen. Dennoch können zum Landkreis Barnim weitere Beispiele genannt werden, wo sich der Landkreis von der Kommunalaufsicht des Landes korrigieren lassen mußte. Der Kreistagsabgeordnete Peter Vida zählte am 20. Mai gleich fünf solcher Beispiele auf.

Der vom Kreistag gefaßte Beschluß zur Änderung der Hauptsatzung ermöglicht es nun, Einwohnerversammlungen zu beantragen, wenn dies mindestens 3 % der betroffenen Einwohner beantragen. Darin erschöpft sich aber auch die Bürgerbeteiligung laut Hauptsatzung des Landkreises. Notwendig wäre, die gesamte Hauptsatzung und die Geschäftsordnung zu überprüfen und zu ändern, damit eine maximale Bürgerbeteiligung möglich wird. Dies erfordert eine optimale Information der Bürger über die Arbeit des Kreistages und seiner Gremien. Dafür kann das elektronische Kreistagsinformationssystem genutzt werden (immer wieder fehlen Tagesordnungen angesetzter Beratungen, Beschlußvorlagen und Niederschriften). Ferner sollte die Planung der Gremienberatungen so erfolgen, daß die Bürgerbeteiligung erleichtert wird (Bürger interessierende TOPs möglichst am Anfang der Sitzung). Für betroffene Bürger und Bürgervertreter sollten Möglichkeiten der Teilnahme an der Diskussion in den Gremienberatungen geschaffen werden. Tischvorlagen sind Ausdruck mangelhafter Vorbereitung von Beratungen. Die Bürger können sie nicht zur Kenntnis nehmen und darüber hinaus schadet das der Qualität der Beratung der Abgeordneten und deren Ergebnis.

Allzu leicht machen es sich Verwaltung und Abgeordnete mit dem Ausschluß der Öffentlichkeit von der Teilnahme an den Beratungen. Wenn die Öffentlichkeit von Beratungen infrage gestellt werden muß, ermöglicht die Teilung eines TOPs in einen öffentlichen und einen nichtöffentlichen Teil, daß Interessierte nicht völlig ausgegrenzt werden.

Aktuell sind im Kreistag aber keine Mehrheiten zu erkennen, die solche hehren Zielstellungen verfolgen. Die GaGroKo – die Ganz-Große-Koalition aus Linken, SPD und CDU stärkt eher dem demokratiefernen Landrat den Rücken, ehe sie einen Aufstand für Demokratie wagen.

Der Hütchenspieler im Rathaus

Schulsozialarbeit an den Eberswalder Grundschulen: Sozialdezernent Bellay Gatzlaff plant Kürzung der Stundenzahl

Vor einem Jahr haben die Eberswalder Stadtverordneten nach langer Diskussion insgesamt 80 zusätzliche Wochenstunden für die Sozialarbeit an den drei Grundschulen in städtischer Trägerschaft beschlossen.

Bis dahin gab es nur an der Schwärzeseeschule ein Kontingent von 8 Stunden für Schulsozialarbeit sowie an allen Schulen diverse Arbeitsgemeinschaften, Kurse und Projekte im Rahmen der normalen Jugendarbeit.

Die Sozialarbeiterin MARLIES LORENZ von der Kinder- und Jugendhilfe in Buckow gGmbH blieb auch im Schuljahr 2014/15 mit ihren 8 Wochenstunden an der Schwärzeseeschule aktiv. Die Trägerschaft für die zusätzlichen 80 Stunden vergab die Stadtverordnetenversammlung an den Berufsbildungsverein Eberswalde e.V.: 30 an der Schwärzeseeschule, 25 an der Bruno-H.-Bürgel-Grundschule und 25 Stunden an der Grundschule Finow.

Schon damals wurde die Schwärzeseeschule im Brandenburgischen Viertel als sozialer Schwerpunkt erkannt. Neben den bisherigen 8 Schulsozialarbeitsstunden und den 30 zusätzlichen, teilte man der Schule aus städtischem Personalbestand INES MÜLLER-WEBER mit 20 Wochenstunden als Koordinatorin für die Sozialarbeit an der Schule zu. Zudem bekam auch die Quartiersmanagerin JOHANNA JOHNE für 4 Stunden in der Woche den Auftrag, an der Schule koordinierend tätig zu sein. Die beiden städtischen Fachkräfte wußten allerdings nicht, worin ihre koordinierenden Aufgaben konkret bestehen sollen. Um selbst Sozialarbeit zu machen, fehlt ihnen die Qualifikation. Um den beiden eine sinnvolle Beschäftigung zuzuweisen, war dann regelmäßig die Schulleiterin ANKE BILLING gefragt, die allerdings keine Zeit hat, für die Stadtverwaltungsmitarbeiterinnen das Kindermädchen zu spielen.

Hinzu kam, daß der Berufsbildungsverein die Schulsozialarbeiterstelle mit den 30 zusätzlichen Stunden an der Schwärzeseeschule aufgrund von Kündigungen und Absagen der vorgesehenen Mitarbeiter lange Zeit gar nicht besetzen konnte.

Hier waren also Änderungen angesagt. Zunächst zog die Verwaltung ihre Koordinatorinnen von der Schwärzeseeschule ab, um die Schulleiterin etwas zu entlasten. Im nächsten Schritt wurde entschieden, die 30 zusätzlichen Sozialarbeiterstunden nun endlich der langjährigen Schulsozialarbeiterin der Schule Marlies Lorenz zugestehen. Sie soll entsprechend der aktuellen Beschlussvorlage, die im Juni vom städtischen Hauptausschuß beschlossen werden soll, künftig eine Vollzeitstelle mit 39 Wochenstunden an der Grundschule Schwärzeseeschule ausfüllen.

Soweit so gut. Doch nun beginnen die Hütchenspielertricks des neuen Sozialdezernenten, der in seiner früheren Funktion als Verwal-

tungs- und Finanzdezernent von Beginn an im Rahmen seiner Möglichkeiten vehement gegen die zusätzliche Schulsozialarbeit an den Eberswalder Grundschulen gekämpft hatte.

Der Beschlußvorschlag lautet schlicht, daß »das Kontingent zur Durchführung der Sozialarbeit an der Grundschule Finow und an der Bruno-H.-Bürgel-Grundschule ... künftig insgesamt 40 Stunden wöchentlich« umfaßt. Träger bleibt hier der Berufsbildungsverein. Weiter heißt es: »Darüber hinaus ermächtigt die Stadtverordnetenversammlung den Bürgermeister, mit der Kinder- und Jugendhilfe in Buckow gGmbH einen Leistungsvertrag zur Durchführung der Sozialarbeit an der Grundschule Schwärzeseeschule mit einem Kontingent von 39 Stunden wöchentlich zu schließen.«

Die Hütchen werden hin und her geschoben. In Summe kommen 79 Wochenstunden heraus, 1 Stunde weniger als vor einem Jahr beschlossen. Da die Schulsozialarbeit jetzt deutlich besser organisiert ist, kann man da ja wohl drauf verzichten – werden sich die Stadtverordneten denken.

Allerdings verschwand unter den Hütchen des Dezernenten nicht nur diese 1 Stunde, sondern auch die 8 Stunden Schulsozialarbeit, die schon vor dem 80-Stunden-Beschluß von 2014 an der Grundschule Schwärzeseeschule geleistet wurden, gingen bei dem Taschenspielertrick verloren. Zwar werden die 8 Stunden in der Sachverhaltsdarstellung noch erwähnt, aber man muß schon sehr aufmerksam lesen, um zu bemerken, daß es zusätzliche Stunden sind, das gesamte aktuelle Kontingent also insgesamt 88 Wochenstunden umfaßt.

Die Hütchen wirbeln über den Tisch. »Mit der übergeordneten Zielstellung«, heißt es weiter, »die Anzahl der an Grundschule Schwärzeseeschule agierenden Träger zu reduzieren und damit den organisatorischen und fachlichen Abstimmungsaufwand zu minimieren, soll ab dem Schuljahr 2015/2016 die Trägerschaft für die Sozialarbeit an den städtischen Grundschulen in Teilen neu geregelt werden. Diese Bestrebung gilt umso mehr als die Grundschule Schwärzeseeschule im Vergleich zu den anderen beiden städtischen Grundschulen einen deutlich höheren Bedarf an Sozialarbeit am Standort Schule hat.«

Wie wird dieser höhere Bedarf realisiert? Die städtischen Koordinatorinnen mit 24 Wochen-

stunden werden ersatzlos abgezogen. Dafür werden die 8 Stunden Schulsozialarbeit aus dem Altbestand und die 30 zusätzlichen Stunden zusammengefaßt und um 1 Stunde erweitert.

Der Abzug der Koordinatoren bis zum Schuljahresende und noch mehr die Zusammenlegung der Schulsozialarbeits-Kontingente sind zweifellos von Vorteil. Mit der zusätzlichen Stunde wird die Schulsozialarbeiterstelle zur tariflichen Vollzeitstelle. Aus 38 Wochenstunden werden 39 Wochenstunden. Ein Plus von 1 Stunde für die Schwärzeseeschule, wobei zugleich 24 Koordinations-Stunden abgezogen werden. Aber die sind kein Verlust, so daß für die Schwärzeseeschule ein gutes Ergebnis herauskommt.

Aber wir haben ja noch unseren Hütchenspieler. Angeblich um den höheren Bedarf an der Schwärzeseeschule zu realisieren, sollen laut der Vorlage die anderen beiden Grundschulen von ihrem bisherigen Kontingent jeweils 5 Stunden abgeben.

Per Saldo sind das 9 Wochenstunden weniger Schulsozialarbeit an den drei Grundschulen in städtischer Trägerschaft im Schuljahr 2015/16 gegenüber dem Schuljahr 2014/15.

Verlieren wird vor allem die Bruno-H.-Bürgel-Grundschule. Hier sollen nicht nur 5 Wochenstunden abgeknappst werden, zugleich hat sich die bisherige Schulsozialarbeiterin DORIS HIRSCH, mit der die Schule sehr gute Erfahrungen gemacht hat, bereits anderweitig orientiert. Ihren Job erledigt nun die Schulsozialarbeiterin der Grundschule Finow mit, die damit auf insgesamt 40 Wochenstunden kommt.

Das Lehrerkollegium der Bruno-H.-Bürgel-Grundschule hat sich inzwischen mit einem Brief an Bürgermeister FRIEDHELM BOGINSKI, den Dezernenten BELLAY GATZLAFF und an die Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung gewandt. Statt einer Verringerung der Stundenzahl fordern sie eine Aufstockung auf 30, 35 oder möglichst 40 Stunden und eine personelle Kontinuität.

Mit welchen Aufgaben die bisherige Koordinatorin für Sozialarbeit beauftragt wird, ist bislang seitens der Stadtverwaltung nicht kommuniziert worden.

GERD MARKMANN

Bürgerbudget 2016:

Einreichungsfrist endet am 30. Juni 2015

Eberswalde (prest-ew). Im April haben die Eberswalder Stadtverordneten grünes Licht für diverse Veränderungen beim Bürgerbudget gegeben. In diesem Jahr findet der »Tag der Entscheidungen« schon am 26. September im Eberswalder Familiengarten statt. Damit wurde die Kritik am Prozedere der Vorjahre zum Teil berücksichtigt. Bis zum 30. Juni haben die Bürger nun die Möglichkeit, Vorschläge einzureichen (www.eberswalde.de/buergerbudget). Am »Tag der Entscheidungen« wird der Familiengarten dann von 8 bis 18 Uhr geöffnet sein. Neben einer greifbaren Darstellung des Themas Kommunaler Haushalt wird es am 26. September auch ein kleines kulturelles Programm geben. Die Eintrittsgebühr für den Familiengarten entfällt an diesem Tag.

Preiserhöhung im Freizeitbad

Eberswalde (bbp). Zur beabsichtigten Anhebung der Eintrittspreise im Sportzentrum Westend der Technische Werke Eberswalde GmbH (Sporthalle und Freizeitbad »baff«) meldete sich am 11. Mai die Fraktion Alternativen Wählerbündnis Eberswalde zu Wort:

Die Mitglieder der Fraktion seien sich einig, so der Fraktionsvorsitzende Carsten Zinn, »daß die Diskussion transparent und unter Beteiligung der Nutzerinnen und Nutzer einschließlich der betroffenen Sportvereine geführt werden muß. Die TWE und die Stadtverwaltung stehen zunächst in der Pflicht, die Kalkulationen, die den Eintrittspreisen und beabsichtigten Anpassungen zugrunde liegen, offenzulegen.«

Die kursierenden »Papiere mit Zahlen und diversen Preisvorstellungen« könnten nicht Grundlage einer politischen Diskussion sein, da unklar sei, »inwieweit es sich hier um öffentliches oder geheimzuhaltendes Material handelt«.

»Daher sieht unsere Fraktion keinerlei Handlungsbedarf, auf dem Rücken der Nutzerinnen und Nutzer des Sportzentrums einschließlich des Freizeitbades finanzielle Defizite der TWE zu kompensieren, die möglicherweise in anderen Geschäftsfeldern verursacht werden.

Wir erinnern in diesem Zusammenhang daran, daß es der Verkauf der Stadtwerkeanteile war, der die TWE in die heutige defizitäre Situation geführt hat. Der damalige korrupte Bürgermeister wurde dafür zurecht von den Eberswalderinnen und Eberswaldern abgewählt.

Seitdem hat es die TWE versäumt, die beträchtlichen liquiden Mittel, die ihr aus dem Stadtwerkverkauf zur Verfügung standen, für die Erschließung neuer gewinnbringender Geschäftsfelder einzusetzen.

Entsprechende Vorschläge ernten bestenfalls mitleidvolle Blicke der Verantwortlichen, die dafür sorgen und sorgen, daß die Finanzrücklagen der TWE nach und nach aufgefressen werden.«

Inzwischen gibt es eine Beschlußvorlage der Stadtverwaltung zur Preiserhöhung, die bereits am 2. und 4. Juni in den ersten Ausschüssen beraten werden sollen. Die Ausschußmitglieder hatten die Vorlage allerdings erst am 30. Mai im Briefkasten. Im Internet-Sitzungsdienst suchte man noch am 1. Juni vergebens danach. Gegenüber den vorab kursierenden Erhöhungen von bis zu 120 Prozent erscheinen die nun vorgelegten Steigerungen von bis zu 33,3 % als geradezu moderat. In der Sachverhaltsdarstellung heißt es, daß mit den erwarteten Mehreinnahmen die Defizitsteigerung seit 2005 in Höhe von 188.000 Euro ausgeglichen werde. Dabei wird unterstellt, daß die Preiserhöhungen keinen Einbruch bei den Besucherzahlen zur Folge haben.

Kombiticket

Eberswalde (prest-ew). Das Museum Eberswalde und das Kloster Chorin geben seit dem 1. April ein Kombiticket heraus, das den Besuch beider Einrichtungen für 5 Euro bis zum 31. Dezember 2015 ermöglicht. Der Gast kann das Ticket in beiden Einrichtungen erwerben und erhält mit der Karte im zweiten Haus freien Eintritt. Für das Kloster Chorin sind alle haus-eigenen Veranstaltungen wie Ostertage, Kräuter- und Keramiktage und Adventssonntage einbegriffen. Konzerte sind ausgenommen.

Nach Bydgoszcz

Eine siebenköpfige Delegation des Vereins Unser Finowkanal e.V. reist am 18. Juni nach Bydgoszcz (Bromberg). Sie wird dort von hochrangigen Amtsträgern des Landkreises, der Stadt und der dortigen Kommunalen Arbeitsgemeinschaft empfangen. Ziel der Reise ist die Anbahnung von Partnerschaften zwischen den Universitäten in Bydgoszcz und Eberswalde sowie mit dortigen Initiativen und Vereinen, die sich für den Erhalt und den weiteren Ausbau der wassertouristischen Infrastruktur entlang der Internationalen Wasserstraße E70 einsetzen. Die Delegation wird unter anderem das Kanalmuseum in Bydgoszcz und die UNESCO-Stätten am alten Bromberger Kanal besuchen. Ein Höhepunkt ist die Teilnahme der Delegation am alljährlichen Bromberger Wasserfestival an Bord des Kutters »KAZIMIERZ«.

Der Bromberger Kanal teilt seine Geschichte mit dem Finowkanal. Selbst einen »Langen Trödel« gibt es dort. Jedoch hat sich die wassertouristische Infrastruktur in Polen in den letzten Jahren rasant entwickelt. Wir erwarten uns nicht zuletzt eine Zunahme polnischer Bootstouristen. Die Reise ist privat finanziert.

Prof. HARTMUT GINNOW-MERKERT

Neue Dezernentin

Eberswalde (prest-ew/bbp). Wie der alte, kommt auch die neue Eberswalder Verwaltungsdezernentin aus Leipzig. Die Stadtverordneten befürworteten am 28. Mai bei einer Gegenstimme und zwei Enthaltungen mehrheitlich den Personalvorschlag von Bürgermeister Friedhelm Boginski.



Foto: PRESSESTELLE STADT EBERSWALDE

Die neue Dezernentin PETRA STIBANE ist gelernte Diplom-Agraringenieurin und hat sich im Rahmen ihrer Verwaltungstätigkeiten in Leipzig zur Verwaltungsfachwirtin weitergebildet. Die 48-jährige gebürtige Berlinerin tritt ihr Amt voraussichtlich am 1. Januar 2016 an, sofern die Stadtverwaltung Leipzig sich nicht auf einen Aufhebungsvertrag einläßt. Spätestens nach ihrer sechsmonatigen Probezeit will Petra Stibane gemeinsam mit ihrer Frau ihren Wohnsitz nach Eberswalde oder Umgebung verlegen.

Das Verwaltungsdezernat der Stadt Eberswalde wird gegenwärtig durch Rechtsamtsleiter Stefan Müller geleitet.

Fragen zur Personalpolitik

Eberswalde (bbp). Die Alternative Liste Eberswalde (ALE) hatte ihren Vertreter in der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung (StVV) Carsten Zinn gebeten, anläßlich der erneuten Personalunruhen im Rathaus vom Bürgermeister eine Stellungnahme einzufordern (Seite 8). Dieser setzte die Bitte zur StVV-Sitzung am 28. Mai in Form einer Anfrage um:

»In der Sitzung des Hauptausschusses am 21. Mai 2015 haben Sie darüber informiert, daß der designierte Amtsleiter der Kämmerei Herr Patrick Liebchen seine Kündigung eingereicht hat und die Stadtverwaltung nach nur 2 Monaten Tätigkeit wieder verläßt. Damit scheiterte erneut eine wichtige Personaldisposition in der Führungsebene des Eberswalder Rathauses. Der enorme Verschleiß an Führungspersonal kostet die Stadt viel Geld und stellt die Arbeitsfähigkeit der Stadtverwaltung in Frage. Das kann so nicht weitergehen. Hier ist ein Problem entstanden, das Stadtverordnete und Bürgermeister gemeinsam lösen müssen.

Dazu müssen zunächst alle Details auf den Tisch. Daher frage ich Sie:

1. Worin sehen Sie die Ursachen für die starke

Fluktuation unter den Führungskräften der Stadtverwaltung Eberswalde?

2. Wie gedenken Sie, die offensichtlich gewordenen Organisationsmängel in der Personalpolitik der Stadt Eberswalde zu beseitigen? Welche Schritte wollen Sie unternehmen, um innerhalb der Stadtverwaltung ein vertrauensvolles und konstruktives Arbeitsklima zu schaffen und die permanente Flucht von Führungskräften zu beenden?

3. Welche Erfahrungen aus den zuvor gescheiterten Verfahren haben Sie bei der aktuell anstehenden Besetzung der Dezernentenstelle für Finanzen und Verwaltung bereits berücksichtigen können, um ein erneutes Scheitern zu verhindern?

4. Wie werden Sie die Stadtverordneten bei der Erarbeitung von Lösungen für das Problem einbeziehen? Ich verweise in diesem Zusammenhang unsere Anregung im Zusammenhang mit der Kündigung von Sozialdezernentin Regina-Dolores Stierler-Hinz vom Mai 2013 (AF 118/2013), eine inhaltliche und organisatorische Neuausrichtung der Dezernate und Ämter ins Auge zu fassen.

Neben der mündlichen Auskunft in der StVV-Sitzung bitte ich um schriftliche Antwort.«

Mieten steigen zwangsläufig

Die WHG mbH erfüllt ihren Auftrag, Wohnraum mit sozialverträglichen Mieten zur Verfügung zu stellen. Dies spiegelt sich in der Breite des Wohnungsbestandes wieder. Die Wohnungen der WHG mbH verteilen sich über die gesamte Stadt; es gibt einen ausgewogenen Mix an unsanierten, teilsanierten und vollsanierten Altbauten, Plattenbauten und Neubauten, günstigen preiswerten bis höherwertigen Wohnungen. Das Mietniveau beläuft sich zwischen 2,28 Euro und 7,50 Euro/m² bei einer Durchschnittsmiete von 4,78 Euro.

Die politischen und technischen Herausforderungen zur energetischen, barrierefreien bzw. barrierearmen Sanierung von Wohngebäuden ziehen oft einen zwangsläufigen Anstieg der Nettokaltmieten nach sich.

Die WHG mbH wird jedoch auch zukünftig bei der Durchführung solcher Maßnahmen deren Sozialverträglichkeit ebenso beachten, wie das Gebot der Wirtschaftlichkeit. Die soziale Ausrichtung der Sanierungs- und Mietengestaltung der WHG mbH orientiert sich allerdings auch am breiten sozialen Durchschnitt.

Aus Sicht der Stadt Eberswalde ist hier nicht der Verzicht auf energetische und bauliche Sanierung von Wohnungen die Vorzugslösung, sondern Veränderungen in der Wohnungspolitik von Bund und Land, die auch sozial schwächeren Schichten einen vielfältigen Zugang zum Wohnungsmarkt erlauben. Zu nennen sind hier z. B. die Anhebung der Mietzuschüsse bei Hartz IV, Sozialhilfe und Grundsicherung, die zeitgemäße Anpassung der Einkommensgrenzen für den Zugang zu Sozialwohnungen, Sonderregelungen für Leistungsbezieher, die auf barrierefrei/arme Wohnungen angewiesen sind.

Die Stadt Eberswalde nimmt keine Gewinnabschöpfung bei der WHG mbH vor und unterstützt damit das soziale Profil des Unternehmens. Die WHG mbH wird auch zukünftig Wohnraum in allen Preissegmenten anbieten und zur Verfügung stellen.

Die Stadt ist sich bewußt, daß die Plattenbaubestände, insbesondere im Brandenburgischen Viertel, eine wichtige Rolle bei der sozialen Wohnraumversorgung spielen. Angesichts von über 800 leerstehenden Wohnungen im Brandenburgischen Viertel, davon die meisten unsanierten Wohnungen, erscheint aus Sicht der Stadt der maßvolle an der Einwohnerentwicklung orientierte Rückbau von einigen Blöcken notwendig, da diese Wohnungen nicht ausreichend nachgefragt sind. Diese mangelnde Nachfrage nach unsanierten Wohnungen im Brandenburgischen Viertel führt zu erhöhten Leerständen, die wiederum durch andere Objekte im Bestand der WHG mbH quersubventioniert werden müssen. Diese Quersubventionierung wiederum geht zu Lasten der Mittel, die ansonsten für Sanierung, Instandsetzung sowie Modernisierung zur Verfügung stehen.

ANNE FELLNER (aus Antwort auf eine Anfrage)

Gespräch im Abriß-Block

Eberswalde (bbp). Die städtische Wohnungsbau- und Hausverwaltungs-GmbH (WHG) will in der Potsdamer Allee zwei Wohnblöcke abreißen lassen. Seitdem dies bekannt wurde, regt sich der Widerstand.

Ein Beschlußantrag der Fraktion Alternativen Wählerbündnis Eberswalde, mit dem der Abriß verhindert werden sollte, scheiterte im Januar an den Mehrheitsverhältnissen in der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung. Doch auch, wenn der unmittelbare Erfolg ausblieb, trug die Initiative des Alternativen Wählerbündnisses dazu bei, daß auch bei anderen politischen Gruppen in der Stadt ein Nachdenken über den beabsichtigten Abriß in Gang gesetzt wurde. Denn der Abriß würde nicht nur eine zerstörerische Lücke in das städtebauliche Ensemble reißen, sondern auch einen bereits teilsanierten Wohnblock betreffen, in dem eine Reihe von Mietern wohnen, die bereits von vorherigen Abrißmaßnahmen betroffen waren und denen seitens der WHG versprochen worden war, daß sie dort dauerhaft wohnen bleiben könnten.

Auf Initiative von DANIEL KURTH, Stadtverordneter und Landtagsabgeordneter der SPD, findet am 18. Juni von 15.30 bis 16.15 Uhr eine

Gesprächsrunde zum Thema im Familienzentrum in der Potsdamer Allee 59 statt. Das Familienzentrum ist ebenfalls von den Abrißplänen der WHG betroffen und gehört zu jenen Mietern, die bereits einen Umzug wegen Abriß hinter sich haben.

Damit hält Daniel Kurth sein Versprechen gegenüber der langjährigen Leiterin des Familienzentrum im Brandenburgischen Viertel EVA-MARIA LAUFT ein und holt die Verantwortlichen im Eberswalder Rathaus und in der WHG zeitnah an einen Gesprächstisch, wo sie sich dem konstruktiv-kritischen Dialog mit den vom beabsichtigten Abriß Betroffenen stellen können.

Als Teilnehmer der Gesprächsrunde sind neben Daniel Kurth und Eva-Maria Lauff avisiert: BELLAY GATZLAFF, stellvertretender Bürgermeister der Stadt Eberswalde und Dezernent für Bildung, Soziales, Kultur und öffentliche Beschäftigungsförderung, ANNE FELLNER, Baudezernentin der Stadt Eberswalde, HANS-JÜRGEN ADAM, Geschäftsführer der WHG Eberswalde sowie DOREEN BODEN, Kaufmännische Prokuristin und Leiterin der Kundenbetreuung der WHG Eberswalde.

(siehe auch: www.maxe-eberswalde.de)

CDU für Bahnwerk-Erhalt

Potsdam (bbp). Mit der CDU-Fraktion im Landtag Brandenburg hat sich eine weitere große politische Kraft im Land zum Erhalt des Eberswalder Bahnwerks bekannt.

»Eine Schließung hätte erhebliche Konsequenzen für die Stadt Eberswalde sowie die gesamte Region«, heißt es in der Erklärung. »Das traditionsreiche Werk in Eberswalde ist heute der größte industrielle Arbeitgeber der Stadt. Bereits vor über 135 Jahren begann der Standort Eberswalde sich einen Namen zu machen, heute ist das Werk spezialisiert auf die Instandhaltung schwerer Güterwagen. Motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten tagtäglich daran, die bestmögliche Qualität zu gewährleisten.«

Die Werke der Deutschen Bahn in Eberswalde, Cottbus und Wittenberge seien prägende Imagefaktoren für ihre Regionen und innovative wirtschaftliche Impulsegeber für das gesamte Land Brandenburg. »Die Schließung des Werkes Eberswalde wäre ein fatales Signal der Deindu-

strialisierung, mit erheblichen Folgen für die Zulieferbetriebe und den Wirtschaftsstandort Eberswalde. Die volkswirtschaftlichen Auswirkungen überstiegen dabei bei weitem die Kosten für eine zukunftsfähige Ausrichtung des Werkes.«

Die CDU-Fraktion verweist auf das aus den Reihen der Mitarbeiter vorgelegte Konzept, das tragfähige Wege aufzeigt, die Zukunft des Werkes zu sichern. Die Landesregierung solle prüfen, inwiefern Investitionszuschüsse bereitgestellt werden können, um eine Neuausrichtung und Spezialisierung am Standort Eberswalde zu ermöglichen. »Insbesondere der Ministerpräsident sowie der Wirtschaftsminister des Landes Brandenburg sind aufgefordert, sich für den Wirtschaftsstandort Eberswalde zu engagieren. In dieser Situation müssen alle politischen Kräfte gemeinsam für die Zukunft des Werkes eintreten. Die CDU-Fraktion im Landtag Brandenburg bekennet sich zum Standort Eberswalde und setzt sich für einen Erhalt des Bahnwerkes ein.«

Kinder- und Jugendbeteiligung in Bernau etablieren

Bernau (juso-bar). Die Bernauer SPD-Stadtfraktion hat einen Vorschlag zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an städtischen Entscheidungsprozessen eingebracht. Dazu erklärt die stellvertretende Vorsitzende der Jusos Barnim, RICA ELLER: »Nach längeren Gesprächen und Diskussionen haben wir zusammen mit der SPD Bernau diesen Antrag erarbeitet. Ziel ist es laut Antrag, daß die Verwaltung mögliche Formen der Partizipation von Kindern und Jugend-

lichen gemeinsam mit den Akteuren in der Stadt untersucht. In der Bernauer Stadtverordnetenversammlung soll dann bis November ein entsprechendes Konzept beschlossen werden. Wir fordern alle Stadtverordneten auf, diesen Antrag zu unterstützen. Gerne unterstützen wir die Stadt und schlagen vor, daß in interaktiven Workshops mit den Jugendlichen eine Idee erarbeitet wird, wie eine solche Beteiligungsform konkret ausgestaltet werden sollte.«

Aus Anliegern werden Bürger Ein langer Weg

Von der Gemeindevertretersitzung der Gemeinde Schorfheide am 29. April 2015



FOTO: GEBI MÄRKEMANN

Der Antrag der Fraktionen Freie Wähler/BKB und WIR/Bündnis 90/Grüne zur Gemeindevertretersitzung am 29. April zum Thema »Anliegerbeteiligung bei Straßenbauplanungen« wurde zu Recht auf die nächste Sitzung verschoben. Die Einreicher hatten die Einreichungsfrist überschritten und konnten keinen Eilbedarf geltend machen.

Das Thema kam dennoch zur Sprache. Und zwar zur Einwohnerfragestunde, in der kein anderes Thema zur Sprache kam. Einzig deswegen hatten mehr als 50 Anwohner der Walzwerkstraße und aus Klandorf den Weg zur Versammlung gefunden. Die Aufforderung zur Teilnahme – eine Zettelaktion der Familie Schoppa und der »Buschfunk« – kommentierte der Bürgermeister als »undemokratischen Akt«.

Zunächst fragte Herr Schoppa, welche Firmen die Walzwerkstraße aufgerissen und nicht wieder ordentlich zugestrichelt haben und wer die Bauabnahme gemacht hat. Der Hintergrund dieser Fragen war klar: Es kann nicht sein, daß die Bürger jetzt für früheren Baupfusch zur Kasse gebeten werden sollen. Die Antworten soll es später geben. Sehr wahrscheinlich können die Baufirmen nicht mehr haftbar gemacht werden. So bleibt nur, daß hier die Gemeindeverwaltung in der Verantwortung ist, auch finanziell.

Herr Braunschweig fragte, warum die Bürger nicht von Anfang an informiert und einbezogen werden. Er wies insbesondere auf die Anwohner im höheren Lebensalter hin, die keine Möglichkeit mehr haben, Straßenbaubeiträge zu erarbeiten und über das geforderte Geld einfach nicht verfügen.

Die Antwort lautete, daß die Bürger erst informiert werden können, wenn die Gemeindeverwaltung über belastbare Zahlen verfügt. Das läuft darauf hinaus, daß erst informiert wird, wenn die Planungen abgeschlossen sind und die Realisierung unmittelbar bevorsteht. So und nicht anders wurde bisher verfahren.

Eine weitergehende Bürgerbeteiligung, insbesondere eine Mitsprache der Anwohner bei der Planung, lehnt der Bürgermeister

grundsätzlich ab. Der Wille der Bürger zum Ausbau oder auch Nicht-Ausbau ist für ihn irrelevant. Die Beratung in den Ausschüssen und in der Gemeindevertretung (also mit nicht betroffenen Leuten!) erfüllen für ihn das Gebot der Demokratie. Die Gemeindevertretung darf nach seiner Auffassung, ja sie muß sogar gelegentlich auch gegen den Willen der Anwohner entscheiden. Als Beispiel nannte er den Schäferweg in Lichterfelde, an dem es nur zwei Anlieger gibt.

Hinsichtlich der Walzwerkstraße behauptet der Bürgermeister stereotyp, daß diejenigen, welche die Pflasterstraße behalten und instandgesetzt haben wollen, in der Minderheit seien und im übrigen »müsse« ja auch Kanalisation gelegt werden.

Herr Oppermann forderte den Bürgermeister auf, die Verunglimpfung und Diskreditierung von Herrn Paproth aus Klandorf zu unterlassen. Völlig haltlose Anschuldigungen und gar eine Anzeige von Seiten des Ortsvorstehers hatten einen Polizeieinsatz gegen Herrn Paproth zur Folge. Es ist nicht hinnehmbar, mit derartigen Methoden Persönlichkeitsrechte von Bürgern zu verletzen, nur weil ihre Anwesenheit und ihre Aktivitäten für die Verwaltung unbequem ist.

Die Antworten des Bürgermeisters und der Ordnungsamtsleiterin blieben diffus und handelten vor allem von Zuständigkeiten.

Herr Paproth fragte, warum die Gemeindeverwaltung bezüglich der Dorfstraße in Klandorf nicht die Fördermöglichkeiten nutzt, die ihr die Bürgerinitiative aufgezeigt hat – also z.B. das LEADER-Programm. Die Antwort des Bürgermeisters: »Wir wissen ja noch gar nicht, was wir wollen«. Den bekannten mehrheitlichen Willen der Anwohner ignorierend, behauptet der Bürgermeister, der Meinungsbildungsprozeß sei noch nicht abgeschlossen und es stünde ja bis zum geplanten Baubeginn (!) noch viel Zeit zur Verfügung. Erst nach abgeschlossener Meinungsbildung wäre es möglich, Fördermittel zu beantragen.

JOHANNES MADEJA

Diejenigen Anwohner der Walzwerkstraße, die selbige als bewährte und robuste Pflasterstraße erhalten wollen – und das ist die überwältigende Mehrheit – mußten sich gefallen lassen, vom Bürgermeister als »Gegner der Walzwerkstraße« diffamiert zu werden. Das können wir auch als Erfolg verbuchen. Wir werden als »Gegner«, besonders auch als Gegner des Bürgermeisters, wahrgenommen.

Wir müssen jedoch erkennen, daß wir erst am Anfang eines noch langen und beschwerlichen Weges stehen. Es wird noch viel Kraft kosten, bis wir endlich sagen können: Die Walzwerkstraße ist gerettet!

Der Anfang ist gemacht. Viele Anwohner sind dem Beispiel der Familie Schoppa gefolgt und bringen ihren Willen auf Transparenten und Plakaten vor ihrer Haustür offen zum Ausdruck. Unser Ziel muß sein, daß jeder, der das gleiche Ziel hat, sich offen auch in dieser Weise deutlich sichtbar positioniert. Die Mehrheit hat erkannt, daß es nicht reicht, nur einen Brief oder einen Appell zu unterschreiben, so wichtig auch jede Unterschrift ist!

Die Wenigen, die, aus welchen Gründen auch immer, sich uns nicht anschließen wollen oder können, werden zur Minderheit gehören.

Bei aller Anerkennung auch finanzieller Nöte steht der Erhalt der historischen Pflasterstraße im Vordergrund. Sie ist erhaltenswert und das sollte jedem bewußt sein, auch wenn es vielleicht nicht gelingt – daran arbeiten wir – sie unter Denkmalschutz zu stellen.

Es geht um den Wert unserer Häuser und Grundstücke, es geht um Wohn- und Lebensqualität. Hier bestehen die größten Gefahren! Es geht um den Erhalt der wunderschönen alten Spitzahornbäume auf einem Teilstück der Walzwerkstraße. Sie dürfen nicht der Kettensäge zum Opfer fallen, nur weil ein paar Leute, die ihren Sinn für Natur und Landschaft verloren haben, dort eine Schwarzdecke sehen wollen. Die Tatsache, daß die untere Naturschutzbehörde des Landkreises diese Bäume nicht als besonders schützenswert ansieht, kann für uns nur Ansporn und Verpflichtung sein.

Es geht auch darum, daß alle Anwohner erkennen, daß eine Kanalisation hier nicht der Inbegriff des Fortschritts ist. Es gilt zu lernen, daß die angeblichen Gebühreneinsparungen nicht echt sind und sich hier einmal mehr das Wort von der »Kostenfalle Kanalisation« bewiesen wird, wie es eine Fernsehsendung im NDR am 23.02.2015 eindrucksvoll zeigte. Jeder kann es selbst überprüfen: Mit jedem Kilometer Kanalisation mehr sind die Gebühren für Abwasser gestiegen und haben seit Jahren die »kriminelle« Höhe von 10 DM (nicht Euro!) weit überschritten. Das Wort kriminell hat der vor-malige Ministerpräsident Mitte der 90er Jahre in Eberswalde so gesagt!

Ich hoffe, daß es für uns keine Veranlassung gibt, dieses Wort zu wiederholen.

JOHANNES MADEJA

Stadtverwaltung Eberswalde:

Ausbildungsquote 0,6 %

Eberswalde (bbp). Derzeit lernen in der Eberswalder Stadtverwaltung sieben junge Menschen einen Beruf, jeweils drei im Tierpark und in der Verwaltung sowie einer in der Bibliothek. Dies geht aus der Antwort des kommissarischen Verwaltungsdezernenten Stefan Müller auf eine Anfrage der Fraktion Alternatives Wählerbündnis Eberswalde hervor (vgl. BBP 3/2015). »Dies bedeutet bei jeweils drei Ausbildungsjahren«, so Müller, »pro Ausbildungsjahr im Zoo und in der Verwaltung ein Auszubildender. Die Auszubildende in der Bibliothek (Fachangestellte für Medien- und Informationsdienste) ist zusätzlich eingestellt worden und befindet sich zurzeit in Elternzeit. Sie setzt ihre Ausbildung ab dem 30.12.2016 fort und beendet diese spätestens am 01.09.2017. Es erfolgt, im Anschluß an die Ausbildung, keine Übernahme. Für das Ausbildungsjahr 2015/16 ist beabsichtigt, drei Auszubildende einzustellen. Ein Auszubildender zur Ausbildung zum/zur Zootierpfleger/in und zwei Auszubildende zur Ausbildung zum/zur Verwaltungsfachangestellten.«

Bezogen auf die gesamte Belegschaft errechnet sich daraus eine jährliche Ausbildungsquote von 0,6 Prozent. Allerdings ist zu berücksichtigen, daß in den Bereichen Bauhof und Kindertagesstätten durch die Stadtverwaltung keine Ausbildung angeboten wird und bei der Feuerwehr ebenfalls andere Bedingungen gelten. Im Verwaltungsbereich liegt die Ausbildungsquote künftig bei 0,8 Prozent. Die theoretische Quote zum Ausgleich eines altersbedingten Ausscheidens bei unterstellten 45 Arbeitsjahren auszugleichen, liegt bei 2,2 Prozent.

Nachdem in den vergangenen Jahren ausgiebig von der Möglichkeit der Altersteilzeit Gebrauch gemacht wurde, müssen in den nächsten fünf Jahren »altersbedingt keine Stellen im mittleren Dienst (Verwaltungsfachangestellte) nachbesetzt werden«. Bedarf bestehe für den gehobenen Dienst, der »bereits über den Abschluß von Förderverträgen mit Studenten gedeckt« wird.

Zur Übernahme der ausgebildeten Auszubildenden erläutert Müller: »Bei einem erfolgreichen Abschluß der Ausbildung wird die zeitlich befristete Übernahme für ein Jahr garantiert. Eine Prüfung zur anschließenden Übernahme in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis erfolgt jeweils nach Leistung und Bedarf.« Mit einem sofortigen unbefristeten Arbeitsverhältnis können jene rechnen, die ihre Berufsausbildung zum Verwaltungsfachangestellte mit »sehr gut« abschließen. »Bei der Ausbildung zum/zur Zootierpfleger/in erfolgt eine Übernahme nach erfolgreichem Abschluß grundsätzlich nur für ein Jahr.«

Eine Zusammenarbeit bei der Ausbildung von Nachwuchskräften gibt es mit dem Landkreis, Nachbargemeinden und kommunalen Körperschaften, wie dem ZWA. Das betrifft die gemeinsame Nutzung von Nachhilfen und Ergänzungsangeboten sowie den Praxiseinsatz in Fachämtern, über die andere nicht verfügen.

Eberswalde braucht eine ALTERNATIVE Personalpolitik

Eberswalde hat ein neues Alleinstellungsmerkmal. Zum 31. Mai quittieren gleichzeitig zwei Kämmerer ihren Dienst in der Stadtverwaltung. Bürgermeister Friedhelm Boginski scheitert regelmäßig daran, die von der Stadtverordnetenversammlung aufgestellten Grundsätze der Personalplanung und -entwicklung umzusetzen.

Bereits seit Jahren gibt es beim Führungspersonal in der Eberswalder Stadtverwaltung eine überdurchschnittliche Fluktuation. Wiederholt verschwanden neue Dezernenten, Amtsleiter, Geschäftsführer oder Pressesprecher schon nach kurzer Zeit wieder aus Eberswalde.

Die Besetzung des Dezernats für Bildung, Soziales und Kultur gelang nur, indem der Verwaltungsdezernent den Posten übernahm und so an anderer Stelle ein Loch gerissen wurde.

Die Dezernentenstelle für Finanzen und Verwaltung ist bereits seit Herbst 2014 vakant, während zugleich die scheidende Amtsleiterin der Kämmererei zur Finanzdezernentin in Bernau aufsteigt.

Wenn nun gemeinsam mit ihr auch der designierte Nachfolger nach nur achtwöchiger Probezeit das Rathaus verläßt, ist das nur eine weitere traurige Runde im Chaos des Eberswalder Personalkarussells.

Der enorme Verschleiß an Führungspersonal kostet die Stadt viel Geld und stellt die Arbeitsfähigkeit der Stadtverwaltung in Frage.

Das kann so nicht weitergehen.

Stadtverordnete und Bürgermeister müssen das Problem gemeinsam lösen.

Die ALTERNATIVE LISTE EBERSWALDE fordert Bürgermeister Friedhelm Boginski auf, der Stadtverordnetenversammlung unverzüglich zu berichten, worin er die Ursachen für die starke Fluktuation unter den Führungskräften sieht und wie er die Organisationsmängel beseitigen will.

Die Stadt Eberswalde braucht eine Personalpolitik, die vertrauensvolles und konstruktives Arbeitsklima schafft und die permanente Flucht von Führungskräften beendet.

Es darf keine Zeit mehr versäumt werden. Die Alternative Liste Eberswalde wird ihren Vertreter in der Stadtverordnetenversammlung bitten, schon auf der nächsten Sitzung der am 28. Mai dazu aktiv zu werden und ihm vorzuschlagen, zur Klärung der Mißstände in der Personalpolitik auch das Gespräch mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung, insbesondere mit dem Personalrat zu suchen.

GERD MARKMANN, Sprecher der Wählergruppe ALTERNATIVE LISTE EBERSWALDE

Siehe auch: Pressemitteilung Nr. 6/2014 vom 25. Dezember 2014: »Eine ALTERNATIVE Personalpolitik ist machbar« (BBP 1/2015)

Kreisverwaltung qualifiziert Mitarbeiter

19 neue Verwaltungsfachwirte aus den eigenen Reihen



Eberswalde (prest-bar). Fachkräfte sind begehrt und nur schwer zu bekommen. Auch aus diesem Grund bietet die Kreisverwaltung Barnim ihren Mitarbeitern Weiterbildungsprogramme an. Insgesamt 19 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schlossen nun einen verkürzten berufsbegleitenden Lehrgang zum Verwaltungsfachwirt/in (VFW NQ 4/13) ab. Dieses Angebot wurde in Zusammenarbeit mit der Brandenburgischen Kommunalakademie erarbeitet.

»Eine Weiterbildung neben dem Beruf anzugehen, ist eine Herausforderung. Es ist schön, zu sehen, daß wir in unserem Haus so viele motivierte

Mitarbeiter haben, die sich dieser Herausforderung stellen und dafür auch Abstriche bei ihrer Freizeit machen«, sagte Barnims Landrat Bodo Ihrke zur Zeugnisübergabe.

»Es ist ein ausgesprochen guter Jahrgang«, betonte auch Dr. Martina Vogeldang, die im Auftrag der Brandenburgischen Kommunalverfassung die Zeugnisübergabe vornahm.

Insgesamt dauerte der berufsbegleitende Lehrgang fast zwei Jahre. Der Unterricht fand am Oberstufenzentrum II Barnim in Eberswalde jeweils freitags und samstags statt. Der Berufsabschluß berechtigt nun zur Ausübung einer Tätigkeit im gehobenen Dienst.

Der erkenntnisreiche Salon

Neue Veranstaltungsreihe eines Eberswalder Stadtverordneten: »Diplomatischer Salon«

Der Stadtverordnete Martin Hoeck von der FDP ist anders als die anderen Stadtverordneten. Er betreibt nicht nur als einziger sein persönliches Bürgerbüro, sondern hat nun eine eigene Veranstaltungsreihe ins Leben gerufen, den »Diplomatischen Salon – Die Welt zu Gast in Eberswalde«. Sowas haben bisher nichtmal die großen Fraktionen von LINKEN, SPD und CDU zustande gebracht, geschweige denn ein einzelner Stadtverordneter. Hut ab, also.

Freilich verfügen andere Stadtverordnete nicht über solche Verbindungen wie Martin Hoeck. Manche engagieren sich auch so stark hier in der Stadt, daß ihnen für ähnliche Aktivitäten die Zeit fehlt. Daß Martin Hoeck seine Verbindungen zu dem Diplomatenverein, bei dem er in Teilzeit beschäftigt ist, nutzt, um interessante Gesprächspartner nach Eberswalde zu holen, ist also zweifellos löblich. Zugleich kann kaum erwartet werden, daß er gleich die erste Diplomaten garnitur nach Eberswalde holen kann. Mit Skender Xhakaliu, dem Botschafter der 2008 gegründeten Republik Kosovo, hat er für den ersten »Salon« am 26. Mai in der Eberswalder Stadtbibliothek dennoch eine interessante Auswahl treffen können.

Das Kosovo wurde 1999 von der NATO unter aktiver Beteiligung der Bundeswehr aus dem jugoslawisch-serbischen Staatsverband herausgebombt – völkerrechtswidrig, wie inzwischen sogar der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder zugegeben hat. In der Barnimer Bürgerpost sind die Ereignisse damals, einschließlich der Antikriegsproteste hier in Eberswalde, ausführlich dokumentiert worden.

Diesen Angriffskrieg umschrieb Martin Hoeck, der damals 13 Jahre alt war, in seiner Einladung diplomatisch mit »Unruhen und kriegerischen Auseinandersetzungen«. Auch Hoecks Charakterisierung der Republik Kosovo als »jüngsten Staat in Europa« beschreibt nicht ganz der Realität. Mit dem Kosovo vergleichbare Staatsbildungen in jüngster Zeit sind beispiels-

weise die Volksrepubliken Donezk und Lugansk im Osten der Ukraine. Der Unterschied zwischen den Rebellenstaaten im Kosovo und im Donbass liegt darin, daß die kosovarische Republik von der BRD offiziell anerkannt und militärisch geschützt wird, während die BRD-Regierung die Sezession der ostukrainischen Volksrepubliken nicht anerkennt und stattdessen die Putschisten in Kiew militärisch und ökonomisch stützt.

Die Republik Kosovo ist heute Realität, wenngleich eine fragile, wie der Botschafter laut dem Bericht in der lokalen Tageszeitung mitzuteilen weiß. Nach 7 Jahren hat das Land immer noch »in erster Linie mit der Staatsbildung zu tun« und verdankt die bröckelige Stabilität auch 16 Jahre nach dem Jugoslawienkrieg hauptsächlich der militärischen Besetzung durch die Siegermächte. Auch ein beträchtliches Kontingent der Bundeswehr ist dort im Dauerauslandseinsatz. Inzwischen suchen Terrorbanden vom Kosovo aus auch das Nachbarland Mazedonien heim. Das konnten weder die demokratische Regierung des Kosovo noch die Besatzungstruppen verhindern. Aber vielleicht wollten sie das auch gar nicht.

Daß der Eberswalder Bürgermeister Friedrich Boginski seinen Parteifreund Hoeck hoffiert, gehört zu seinen Pflichten als FDP-Politiker. Ein Grußwort bei einer Veranstaltung in der Stadt mit einem ausländischen Botschafter kann gar seinen Pflichten als Bürgermeister zugerechnet werden. Das muß man ihm also nachsehen. Wenn er allerdings davon faselt, der Botschafter könne vielleicht kosovarische Investoren nach Eberswalde locken, dann zeugt das – wenn nicht von schlimmerem – von einer erschreckenden Naivität und Weltfremdheit unseres Stadtoberhauptes.

Insofern kann man dem neuen Veranstaltungsformat zumindest eines bescheinigen: Es ist erkenntnisreich.

GERD MARKMANN

Kindertag fiel aus

Eberswalde (bbp). Der Internationale Kindertag am 1. Juni gehörte zu den wenigen Daten, die auch in offiziellen Programmen die Wende überdauerten. Allerdings beschränkten sich die Kindertagsfeiern zunehmend auf Einzelinitiativen. Die offizielle Stadtspitze favorisiert seit mehreren Jahren den Weltspieletag am 28. Mai als offiziellen Ersatztermin.

2013/14 lag der 1. Juni im Wochenende, in diesem Jahr fiel er auf den Montag. Da mag inzwischen Entwöhnung eine Rolle spielen, daß sich kaum noch jemand an den 1. Juni als Kindertag erinnerte, zumal die Kräfte – die Kitaerzieher streiken nicht ohne Grund – kaum für zwei Events ausreichen.

Eine Ausnahme machte die Kita »Gestiefelter Kater«, die in diesem Jahr ihr 35. Jubiläum feierte. Allerdings feiern die »Katerkinder« am 3. Juni, obwohl sich eigentlich der Internationale Kindertag als Tag zum Feiern angeboten hätte. Gründe dafür wurden nicht genannt.

Märkische Schule in Eberswalde:

Sexuelle Übergriffe

Mit einer Anfrage zum Kreistag am 20. Mai wies die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen darauf hin, daß es an der Märkischen Schule in Eberswalde, einer Schule mit dem sonderpädagogischen Förderschwerpunkt »geistige Entwicklung«, in der jüngeren Vergangenheit zu mehreren Fällen massiver sexueller Übergriffe von Schülern auf minderjährige Mitschüler kam. Einige dieser Fälle sind zur Anzeige gelangt und werden strafrechtlich verfolgt.

Nach unseren Erkenntnissen hat es die Schulleitung der Märkischen Schule nach den ersten sexuellen Übergriffen versäumt, umfassende präventive Maßnahmen zur Vermeidung erneuter Übergriffe zu ergreifen... Diese Versäumnisse führten u.a. dazu, daß von der Schulleitung Gefährdungsquellen übersehen wurden, z.B. das sogenannte Tipi, ein schwer einsehbares Zelt, in dem in der Folge weitere sexuelle Übergriffe stattfanden.

Die Kreisverwaltung bestätigte die Vorfälle. Aus der entsprechenden Antwort geht hervor, daß der Landkreis bis zum Zeitpunkt der Anfrage durch die Grünen keine Kenntnis von den Vorfällen hatte. Die Verwaltung verweist auf die sachliche Zuständigkeit des Landesschulamts. Für die Intransparenz und das nichtadäquate Handeln sind Schulleitung und Schulaufsichtsbehörde verantwortlich.

Bündnis 90/Die Grünen fordern daher den Schulträger, die Fachaufsicht und die Schulleitung auf, über die sexuellen Übergriffe schnellstmöglich mit Lehrern, Schulhelfern und Eltern offen und transparent zu sprechen. Ein umfassendes Präventionskonzept sollte künftig sexuelle Gewalt verhindern. Dabei ist zu berücksichtigen, daß es sich um geistig behinderte Menschen handelt...

STEFAN BÖHMER

Kein Verkauf unter dieser Nummer!

Die Choriner Gemeindevertreter haben auf ihrer Sitzung am 28.5.2015 den handstreichartigen Versuch von Bürgermeister Martin Horst, den Verkauf des Gemeindehauses Senftenhütte handstreichartig durchzusetzen, abgelehnt und die Frage, wie mit dem Gemeindehaus zu verfahren sei, an den Ausschuß für Entwicklung und Tourismus verwiesen.

Das Senftenhütter Gemeindehaus wird durch den gemeinnützigen Keramikhütte e.V., Träger des Barnimer Kulturpreises 2014, und den im Januar 2015 gegründeten gemeinnützigen Kultur- und Bildungsverein »Alte Schule Senftenhütte« genutzt. Das Veranstaltungsangebot des Kulturvereins wird gut aufgenommen. Der Verein konnte bisher mehr als 350 Besucher bei seinen Veranstaltungen zählen.



Foto: HARTMUT LINDNER

Durch den Verkauf des Gemeindehauses würde beiden Vereinen die Existenzgrundlage entzogen. Deshalb: Kein Verkauf unter dieser Nummer: Ärmel 14.

HARTMUT LINDNER

Herr W. ist ein umtriebiger Mann. Es gibt nur wenige Posten im Dorf, die er nicht hat. So ist er Gemeindevertreter, gar Gemeindevertretervorsteher, Ortsvorsteher und Präsident des Fußballvereins im Dorf – alles für die Nicht-Partei des Bürgermeisters. Er ist Organisator des jährlichen Dorffestes an der Feuerwehr, vielleicht ist er sogar Ehrenfeuerwehrmann. Er ist auch Kreistagsabgeordneter – hier allerdings in der Fraktion einer sogenannten Volkspartei, wie sich die größeren Parteien gerne nennen. So ein bedeutender Mann gewährt der örtlichen Presse – hier einer Werbezeitung, die jeder Haushalt kostenlos bekommt – schon gern mal ein Interview. Darin sagte er u.a.: *Wir wollen die W-Straße aufwerten. Wer »wir« ist und was »aufwerten« heißt, darum geht es jetzt.*

F-Dorf besteht aus zwei Teilen: Süd-F und Nord-F. Trennlinie ist die Bundesstraße. Wer etwas auf sich hält, der wohnt in Süd-F, also die Bürgermeister (der ehemalige und der jetzige), die meisten Amtsleiter, der Ortsvorsteher und die Pfarrer, der vormalige und der derzeitige. Hier gibt es drei Neubausiedlungen und einige Gewerbebetriebe, ein paar Ladengeschäfte und die Feuerwehr und ein Fachmarktzentrum. Natürlich sind hier auch die Schule, die Poststelle und eine kleine Konzerthalle, alle Arztpraxen, die Apotheke und alle Gaststätten und sogar ein kleines Buchgeschäft. Hier sind die Sportplätze und Sporthallen und eine Skateranlage. Hier gibt es auch noch eine ganze Menge alter, ruhiger Pflasterstraßen, denn Süd-F hat eine Umgehungsstraße, die Bundesstraße führt drum herum.

Der Durchgangsverkehr von der Autobahn zur Kreisstadt zwingt sich durch Nord-F und verteilt sich hier von der Bundesstraße auf alle anderen Straßen, vorzugsweise Richtung Norden und Osten. Weniger betroffen ist derzeit noch die W-Straße, eine der letzten Pflasterstraßen in Nord-F. Fast alle anderen Straßen in Nord-F wurden in den vergangenen Jahren asphaltiert. Die W-Straße besteht aus behauenen Granitsteinen mit einer Kantenlänge von etwa 20 cm und Bordsteinen aus dem gleichen Material. Die Straße wurde seit mehr als 60 Jahren nicht gepflegt oder gar instandgesetzt, abgesehen davon, daß die Anwohner bei der monatlichen Bordsteinreinigung entstandene Fugen immer wieder verfüllen. Militär- und Schwerlasttransporte, selbst sowjetische Panzer haben der Straße nicht viel anhaben können. In der Vergangenheit wurde sie mehrfach aufgerissen, etwa im Zusammenhang mit Rohr- und Kabelverlegungen. Danach wurde das Erdreich zumeist nicht wieder sachgerecht verdichtet und laienhaft zugepflastert mit der Folge, daß sich das Pflaster nach Starkregen und Verkehrsbelastung streckenweise gesenkt hat. Diese Stellen sind seit Jahren auszubessern, aber dafür hat der Bürgermeister nie Geld. Deshalb ist er der Meinung – jedenfalls sagt er das so – daß die Straße verschlissen ist und nun grundhaft ausgebaut werden muß, natürlich mit finanzieller Beteiligung der Anwohner.

Herr W. wertet auf

von Johannes Madeja

Es geht um die Aufwertung der W-Straße im Dorf F. Die W-Straße gehört nicht Herrn W., sie ist auch nicht nach ihm benannt, er wohnt nicht einmal da. Wenn eines von den dreien zutreffen würde, dann würde Herr W. nämlich gar nicht aufwerten wollen und für die folgenden Bemerkungen gäbe es keine Veranlassung.



Mit Transparenten wie diesem reagieren die Anlieger in der W-Straße auf die »Aufwertungs«-Planungen des Herrn W. Foto: GERD MARKMANN

Und so hat er sich den »Ausbau« vorgestellt: Das historische, straßenbildprägende, robuste und wartungsarme Pflaster wird entfernt, dafür gibt es Fördermittel vom Land, und durch eine Schwarzdecke ersetzt. Danach ist die Straße, jedenfalls so lange sie neu ist, »schön« glatt und man kann wieder 50 km/h fahren. Herr W. nennt das dann aufgewertet.

Das stimmt aber so nicht. Man kann auf der W-Straße auch jetzt schon 50 km/h fahren, sogar 80 km/h sind möglich (von einigen schadhafte Stellen abgesehen) und die werden gefahren, obwohl nur 30 km/h erlaubt sind.

Nach »Ausbau« darf man dann 50 km/h fahren, es werden aber 100 km/h und mehr gefahren werden, weil man – es gibt ja keine Ampeln – mit dem PKW oder dem Motorrad dann viel schneller vorwärts kommt als auf der parallel laufenden Bundesstraße. Damit sind Straße und Anwohner dann wesentlich stärker belastet als jetzt.

Das »Argument«, die W-Straße müsse als Ortsverbindungsstraße ertüchtigt werden ist so löcherig wie ein Schweizer Käse. Spätestens am Ortsausgang von Nord-F beginnt nämlich eine Asphaltstraße, die wegen ihres miserablen Zustandes und wegen der Vorschrift nur 30 km/h erlaubt. Im weiteren Verlauf führt die Straße über eine Brücke, durch einen denkmalgeschützten Bereich mit Aufpflasterungen und durch einen Torbogen, die schweren LKW-Verkehr nicht zulassen. Eine Haupterschließungs- und Ortsverbindungsstraße sieht anders aus. An der Situation kann und wird sich nichts ändern, denn die benachbarte Kreisstadt ist an einem Ausbau dieser »Neben«-Ortsverbindung gar nicht interessiert. Trotzdem würde so eine »Rennstrecke« Benutzer anziehen, wodurch Anwohner und Häuser in der W-Straße dann wesentlich stärker belastet würden. Die Grundstücke und der gesamte Wohnbereich

würden nachhaltig entwertet. Die Behauptung des Herrn W., daß Asphalt die Grundstücke aufwerten würde, ist nichts als eine Zwecklüge, aber es gibt Leute, die darauf hereinfallen.

Hier ist folgende Betrachtung ganz interessant. Vergleichen wir einmal den »Wert« der Pflasterstraße mit dem Wert einer Asphaltstraße. Wir betrachten hier nur die Marktpreise, nicht den kulturhistorischen Wert und die Robustheit der Pflasterstraße. Eine Tonne, d.h. 1000 kg Granitpflaster der Art, wie es in der W-Straße liegt, kostet derzeit ca. 180 Euro. Mit dieser Menge kann man vier Quadratmeter pflastern. Die derzeit gepflasterte Länge beträgt 2000 m, die Straßenbreite 5,50 m. Nun rechnen wir: $2000 \text{ m} \times 5,5 \text{ m} = 11.000 \text{ Quadratmeter}$; $4 \text{ ergibt } 2.750 \text{ Tonnen Steine} \times 180 \text{ Euro macht } 495.000 \text{ Euro}$. Das ist der reine Materialwert der Pflastersteine in der W-Straße. Dazu kommen noch die Bordsteine. Das sind Granitplatten, 30 cm breit und 10 cm stark. Der laufende Meter wiegt 80 - 100 kg. Bei 4 km Bordstein sind das geschätzt 450 t Granit á 200 Euro je Tonne. Das macht 90.000 Euro Materialwert für die Bordsteine. Der reine Materialwert der Granitstraße berechnet sich damit zu $495.000 \text{ Euro} + 90.000 \text{ Euro} = 585.000 \text{ Euro}$. Die Pflasterkosten kommen nun noch dazu, so daß der jetzige Pflasterbelag nicht unter eine Million Euro wert sein dürfte.

Vergleichen wir nun mit dem »Wert« einer Schwarzdecke. Ein Quadratmeter ist mit 30 Euro gut bezahlt, da ist die Tragschicht aus »Recycling« schon dabei. 11.000 Quadratmeter kosten also 330.000 Euro, zuzüglich der Planungskosten. Natürlich sind solche Rechnungen mit Unsicherheiten behaftet, aber eines ist wohl unstrittig: Die Pflasterstraße ist wesentlich wertvoller als die Schwarzdecke, nicht zuletzt auch, weil sie viel länger hält und weniger Unterhaltung kostet.

So stellt sich die angebliche »Aufwertung« der W-Straße als Ammenmärchen heraus und die Anwohner der W-Straße sind gut beraten, wenn sie an ihrer – in jeder Hinsicht wertvollen – Pflasterstraße festhalten.

Damit wären die eingangs gestellten Fragen beantwortet: »Wir«, das sind Leute, die da nicht wohnen und »aufwerten«, das ist ein Schwindel. Die Straße wird in Wahrheit abgewertet, jedenfalls für die Anwohner – und das ist ja wohl entscheidend!

Heuchelei zum Tag des Baumes

Der Landrat hat, zusammen mit einem leibhaftigen Landesminister, zwei Landtagsabgeordneten und weiterem Gefolge, einen Feldahorn, den Baum des Jahres 2015, gepflanzt. Das war der MOZ eine Drittel-Seite wert. Die Herren fanden das offenbar ganz lustig, wie man an den Gesichtern ablesen kann.

Zur gleichen Zeit wurden – nicht weit entfernt, in Klosterfelde, also auch im Landkreis Barnim – 80 vitale, hundertjährige Linden gefällt, mitten in der besten Nist- und Brutzeit. Das war nicht lustig. Die Prenzener Straße sieht jetzt trostlos aus (vgl. BBP 5/2015, S. 6). Dieses Bild wäre, am Tag des Baumes, auch eine Drittel-Seite in der MOZ wert gewesen, vorzugsweise mit Minister, Landrat und Bürgermeisterin.

Wer im April aufmerksam durch unseren Kreis gefahren ist, der konnte oft frische Baumstümpfe sehen. Dahinter steckt offenbar eine immense Fleißarbeit der unteren Naturschutzbehörde, die ja in jedem Fall eine Ausnahmegenehmigung erteilen mußte, damit noch im April die Kettensäge arbeiten durfte. Es ist jedoch auch nicht auszuschließen, daß die Fällarbeiten ohne Genehmigung durchgeführt wurden, jedenfalls wenn eine Kommune oder ein Amt die Fällungen in Auftrag gegeben hat. Denn für Verwaltungen gilt offensichtlich die Barnimer Baumschutzverordnung nicht. Sie »sollen« nur die maßgeblichen Behörden beteiligen, sie müssen aber nicht!

So hat z.B. der Bürgermeister der Gemeinde Schorfheide in einer Nacht- und Nebelaktion im April zwei hundertjährige Spitzahornbäume in der Walzwerkstraße fällen lassen. Mit jedem Baum, der verschwindet und nicht wieder nachgepflanzt wird, verliert die Straße den Alleencharakter. Die etwa 15 alten Spitzahornbäume, die noch stehen, sind keine Allee (mehr) und haben einen besonderen Schutz nicht verdient. Es fehlt ihnen an Seltenheit, Eigenart und Schönheit, meint die untere Naturschutzbehörde, weshalb (Zitat aus einem Brief vom 20.04.2015) »eine Unterschutzstellung als Naturdenkmal abgelehnt wird«.

Mir ist nicht bekannt, daß auch nur einer der Herren, die mit viel Brimborium, vier Spaten und vier Gießkannen einen Feldahorn gepflanzt haben, sich zum Tag des Baumes dafür eingesetzt haben, daß dem jährlichen Kahlschlag im Landkreis Einhalt geboten wird. Einen jungen Baum zu pflanzen und gleichzeitig zu dulden und hinzunehmen, daß in jedem Jahr hunderte wertvoller, alter, vitaler Bäume sterben, das ist an Scheinheiligkeit kaum zu überbieten. Eines ist jedenfalls sicher: Die mit dem Bild beabsichtigte Botschaft ist bei den aufmerksamen Lesern nicht angekommen. Wir wissen, was wir von den fröhlichen Herren, die sich beim Baum pflanzen so gerne ablichten lassen, in Sachen Baumschutz zu erwarten haben: Nichts! Gar nichts!

JOHANNES MADEJA

Der Freiraum löst sich auf...

...in den Zwischenraum...

Mit einem Lieder- und Lyrik-Fest (Lily-Fest) feierte die Freiraum-Initiative Eberswalde am letzten Maiwochenende ihr großes Auflösungsfest. Die Freiraum-Initiative innerhalb von WandelBar als solche wird sich auflösen, aber nicht verschwinden...

Mit der Einrichtung der beiden Standorte des Zwischenraums in der Eisenbahn- und der Havellandstraße ist ein wesentliches Ziel der Freiraum-Initiative erreicht: Die Schaffung offener Räume zur Verwirklichung von Ideen. In einem Bündnis mit vier anderen Initiativen

Zwei Theatererlebnisse

Joachimsthal (heidekrug). Im Juni bieten wir zwei Theatererlebnisse zum Thema Liebe, die unterschiedlicher kaum sein können.

Am Freitag, 12. Juni, 20 Uhr gastiert das Puppentheater Felicio aus Berlin mit dem musikalischen Lustspiel ORPHEUS IN DER UNTERWELT von Jaques Offenbach im Heidekrug. Erfreuen Sie sich an ausdrucksstarken, schönen Stabpuppen und den musikalischen Evergreens von Offenbach.

Am Samstag, 13. Juni, 20 Uhr bieten die Uckermärkischen Bühnen Schwedt bei ihrem Gastspiel mit dem Stück BEATE. DER ORGASMUS VOR GERICHT Schlaglichter auf das Leben der Sexshop-Erfinderin Beate Uhse. Der Eintritt beträgt jeweils 12 Euro.

und durch die Unterstützung durch über 20 weitere Gruppen, Vereine, Institutionen – und einer Vielzahl einzelner ungebundener Menschen – haben wir nach vier Jahren endlich eine Basis, Räume nicht nur kurzfristig zu bespielen, sondern Kontinuität zu schaffen.

Die vielfältige Landschaft unterschiedlicher Gruppen ist eine Stärke des politischen und kulturellen Lebens in Eberswalde und die Vernetzung dieser vielseitigen Strukturen war ein weiterer wesentlicher Anspruch der Freiraum-Initiative. Auch hierbei sind wir gemeinsam mit anderen weit gekommen.

Wir sehen die Erfolge von vier Jahren ehrenamtlichen Einsatzes und werden unsere Kraft auch in Zukunft in den Erhalt und die Weiterentwicklung der offenen Räume einbringen.

Die aktiven Menschen der Freiraum-Initiative werden sich auch weiterhin für freie Räume einsetzen, ob als Mitglieder des Hebewerks als Trägerverein des Zwischenraums, in anderen beteiligten Initiativen oder direkt in der Organisation der Räume. Unser Kampf geht weiter. Bis dann...

Die Freiraum-Initiative

Fahrradversteigerung

Eberswalde (mühle). Das RAD HAUS KATTANEK lud am 2. Mai anlässlich seines 25jährigen Bestehens in das Bürgerbildungszentrum Amadeo Antonio ein. Rainer Kattaneck bat mit seinem Team die Gäste auf das Mitbringen von Blumen zu verzichten. Stattdessen wurde um Spenden für die Förderung von Kunst und Kultur und um Berichte über gemeinsame Erlebnisse gebeten.

Unter den Gästen war auch der Kunstverein »Die Mühle e.V.«, der von der gemeinsamen Aktion »Kunst trifft Wirtschaft« in der Eisenbahnstraße 2010 berichtete. Eine große Überraschung wurde für die Bauverantwortliche Franziska Blankenburg und die Vorsitzende Veronika Brodmann des Kunstvereins die Übergabe eines 28ger Kettler Damenfahrrades der Marke Layana Farbe Mint im Wert von 750 Euro durch Rainer Kattaneck und Torsten Weist von der Heinz Kettler GmbH & Co KG.

Dieses Fahrrad soll nun zugunsten der Sanierungsarbeiten an der Zainhammermühle versteigert werden. Denn die Mühle braucht noch Geld für die Realisierung der Brandschutzaufgaben, die bis zum Abschluß der Arbeiten am Denkmal Zainhammermühle zu erfüllen sind. Es muß noch eine zweite Fluchtreppe gebaut und eine aufwendige Brandmeldeanlage installiert werden.

Wer sich über die Daten des Fahrrades genau informieren möchte, der schaue bitte auf die Mühlenseite www.diemuehle.de. Dort werden alle Daten zum Fahrrad und die aktuellen Gebote zu sehen sein. Die Versteigerung läuft bis zum 30.06.2015 Gebote können abgegeben werden an die Mail-Adresse des Vereins info@diemuehle.de.

Pfingsten am Zainhammer



Am Pfingstmontag präsentierten sich die Müllerinnen und Müller im Garten der Zainhammermühle im Rahmen des 22. Deutschen Mühlentages auf der »Straße der Mühlenkünstler«. Die Bäckerleute haben im Holzbackofen für die Gäste Köstlichkeiten gebacken. Gemeinsam mit den Besuchern wurde das alte Spiel Mühle an tischgroßen Mühlebrettern mit handtellergroßen Mühlesteinen gespielt. Alle Interessierten konnten sich über die Fortschritte auf der Baustelle in der Mühle informieren.

VERONIKA BRODMANN

Betroffen

Werbung für umweltbelastendes Verhalten

Die Wochenzeitung »Blitz« veröffentlichte am 16.5.2015 den Artikel »Mit Gottes Segen in die neue Motorad-Saison« über den 20. Jubiläumsgottesdienst für Biker in Friedrichswalde. Dazu erreichte uns folgender Beitrag:

Mit großer Betroffenheit nehme ich seit Jahren zur Kenntnis, mit welchem riesigen Medienrummel der CO₂-Ausstoß und Klimakiller Kfz den Bürgern des Landes schmackhaft und interessant gemacht wird.

Die Werbetrommel, die ich in den Medien (Presse, Rundfunk, RBB-Fernsehen, vermutlich auch noch Internet) wahrnehme, ist kaum noch zu überbieten.

Mal abgesehen davon, daß bei der Segnung offensichtlich bei weitem nicht alle Biker mit einem Aufruf für ein verkehrsgerechtes Verhalten erreicht werden – denn Fahren auf dem Hinterrad mit überhöhter Geschwindigkeit durch Eberswalde und Überholen von Autostaus auf dem Gehweg in Finowfurt erlebe ich jährlich neu – so kann man die groß angelegte Werbung für dieses Freizeitverhalten kaum übersehen.

Dies stellt für mich alles andere als einen Beitrag zur Bewahrung der Schöpfung dar, zu dem wir inzwischen alle, Christen und Atheisten gleichermaßen, aufgerufen sind und um den wir nicht mehr umhin kommen.

Ein Besuch in Bogota (Kolumbien) im März dieses Jahres ließ mich erleben, wie die Einwohner dieser Stadt mit Atemschutztüchern in der Innenstadt unterwegs waren, weil sie vor Feinstaubbelastung kaum noch atmen konnten. Da kommen wir auch noch hin, wenn wir weiter das KFZ zur reinen Freizeitbespaßung nutzen, denn die Motorradkorsos durch die Landschaft von Althüttendorf, Joachimsthal u.s.w. verstehe ich als reine Bespaßung. Ob dann die Gesichtsverhüllung ein Gewinn an Lebensqualität ist, wage ich zu bezweifeln.

»Wir haben uns die Erde von unseren Kindern geborgt«, und somit die Verpflichtung, sie in einem bewohnbaren Zustand zu übergeben, wenn unsere Generation mal »geht«, d.h. mit sauberer Luft und auch nicht verläßt.

»Von dort wird er kommen zu richten, die Lebenden und die Toten«, dann werden wir auch darüber Rechenschaft ablegen müssen, was wir für Beiträge für das Fortbestehen dieser Erde geleistet haben.

Ich könnte mir vorstellen, der Vorschlag, sich mal mit dem Fahrrad durch die Schorfheide und den Grumsiner Forst zu bewegen, wäre was wert, und würde zu dem auch ein aktiver Beitrag für die Gesundheit jedes einzelnen sein, ich denke da wird mir jeder Mediziner zustimmen.

FRANK NEUMANN,

Mitglied im Gemeindegemeinderat
der evangelischen Kirchengemeinde Finow,
Mitglied im Vorstand des NABU Barnim
Fördermitglied bei Bündnis 90/Die Grünen

Ein Haus im Wandel der Zeit

Das Haus der Naturpflege in Bad Freienwalde

Unter dem Titel »Schutz und Pflege der bedrohten Natur – Lebensinhalt der Naturfreunde Kurt und Erna Kretschmann« wurden 1992 von Rudolf und Edith Behm mehrere Berichte veröffentlicht. Mit Themen wie »Artenreichtum nimmt ab«, »Vom Müritznationalpark zum Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin«, »Das Haus der Naturpflege Bad Freienwalde«, »Helft dem Meister Adebar«, »Naturnahe Gärtnern, schöpferisch und umweltfreundlich«. Gegenwärtig werden diese Beiträge aktualisiert. Von Eberswalde aus bestehen zum Haus der Naturpflege (HdN) viele direkte Kontakte. In der »Barnimer Bürgerpost« gab es schon viele Beiträge von und über die Kretschmanns. Dabei fand das HdN oftmals Erwähnung. Über den Bau des Hauses – dem ersten »Neuen Haus« nach 1945 im damaligen Landkreis Oberbarnim – war in der BBP-Ausgabe vom April 2002 zu lesen. Nachfolgend faßt unser Autor RUDOLF BEHM die Informationen zum weiteren Werdegang des HdN nach 1992 zusammen:

Im Frühjahr 1993 gründeten Freunde des Hauses den Förderkreis »Haus der Naturpflege e.V.«. ERNA und KURT KRETSCHMANN standen nun mit ihren reichen Lebenserfahrungen und der jahrzehntelangen Bindung an diesem Haus dem Verein fördernd zur Seite.

Im Herbst 1993 eröffnete Kurt Kretschmann den Max-Kienitz-Lehrpfad. Dieser beginnt am HdN, führt als Ringpfad durch bewaldete Höhenlandschaft zum Thüringer Blick und endet wieder am HdN. Forstmeister Dr. MAX KIENITZ, 1849-1931, hat als Naturschützer u.a. mit dem 200 ha großen Plagefenn bei Chorin das zweite deutsche Naturschutzgebiet begründet.

1994 wurde mit Fördermitteln des Brandenburger Umweltministeriums das gegenüberliegende »Munitionskistenhaus« erworben. Es war nach dem 1. Weltkrieg aus ca. eintausend Munitionskisten gebaut worden und diente lange Zeit Oberförstern als Wohnung.

Im Sommer 1995 konnte das renovierte und neu eingerichtete Haus feierlich als Vortrags- und Gästehaus eröffnet werden. Ein lange gehegter Wunsch der Kretschmanns, auch als Pazifisten, auf Basis von Munitionskisten ein Umweltzentrum der Region zu errichten, ging nun in Erfüllung. Zahlreiche Freunde und viel Prominenz waren dazu gekommen.

Ein Jahr später, im Juni 1996, wieder ein feierlicher Einweihungstermin im HdN. Rund 200 Gäste erschienen, um das im Blockhaus der Kretschmanns eingerichtete Naturschutzmuseum zu besichtigen. In verschiedene Fachbereiche gegliedert, spiegelt es die Arbeit der beiden Natur- und Umweltschützer von 1946 an wider. Wie schon so oft, waren als Prominente u.a. erschienen: der Umweltminister MATTHIAS PLATZECK, Professor MICHAEL SUCOW und der NABU-Vorsitzende JOCHEN FLASBARTH. Gleichzeitig wurde die erste Auflage vom Buch »Mulch total – der Garten der Zukunft« vorgestellt. Der Verleger, KURT WALTER LAU aus Xanten am Niederrhein, brachte druckfrisch die ersten 25 Exemplare mit. Im Nu waren sie vergriffen.



Viele Freunde und Mitstreiter waren zur feierlichen Eröffnung des neuen Vortrags- und Gästehauses im Juni 1995 gekommen.

Das Ereignis des Jahres 1998 war im Frühjahr die Eröffnung des Heuhotels am Vortrags- und Gästehaus. In der Sommersaison wird dieses naturverbundene Nachtquartier von Kindern gern angenommen.

1999 werden Kurt und Erna Kretschmann »Baumpaten« einer 170 Jahre alten Stieleiche auf dem HdN-Gelände. Es war der Lieblingsbaum der Kretschmanns, den sie »Talwächter« nannten. Von seinem Standort aus hat man einen weiten Blick in das Odertal.

Im März 2002 erscheint von RUDOLF BEHM ein Gutachten zum Bodenzustand ausgewählter Flächen im Haus der Naturpflege Bad Freienwalde.

Im Oktober 2003 wird der 13 Meter hohe, neu erbaute »Eulenturm« in Anwesenheit von Kurt Kretschmann und zahlreicher Gäste zur Besteigung freigegeben. An dieser Stelle stand zuvor der gemeinsam von Kurt und Erna vor 40 Jahren errichtete Aussichtsturm. In diesem Zeitraum wurde er von achtzig- bis hunderttausend Gästen erstiegen, um die schöne Aussicht in das Odertal zu genießen. Aus Sicherheitsgründen – er wurde auch »Wackelturm« genannt – mußte er nun abgerissen werden.

Die am Vortrags- und Gästehaus neu aufgebaute Veranda konnte am 3. März 2006, einem Tag nach dem 92. Geburtstag von Kurt Kretschmann eröffnet werden. Mit diesem Neubau entstand in der Kurstadt Bad Freienwalde ein weiterer repräsentativer Ausstellungsraum für den Natur- und Umweltschutz.

20. Kreisfotoschau in Vorbereitung

An der Fotoschau können alle Amateur- und Berufsfotografen, die in den Landkreisen Barnim und Märkisch Oderland oder in den Partnerstädten der Gemeinden wohnen oder tätig sind (ungeachtet ihrer Mitgliedschaft in einem Verband) teilnehmen.

Je Autor sind 6 Fotoarbeiten als Aufsichtsbilder zu den empfohlenen Kategorien sowohl schwarz-weiß oder farbig als auch digital bearbeitet zugelassen. Die Aufnahmen sollten nicht älter als zwei Jahre sein. Bei allen Bildern dürfen die kleinste Seite nicht kleiner als 30 cm und die größte Seite nicht größer als 45 cm sein. In der Gruppe »Kinder- und Jugendliche« soll die kleinste Seite größer als 20 cm sein.

Kategorien sind: Menschen, Landschaft, Natur (Pflanzen und Tiere), Architektur und offenes Thema. Wir empfehlen, nicht mehr als 2 Fotos je Kategorie einzureichen. Teilnehmer, die jünger als 18 Jahre sind, bitte das Alter angeben, denn sie starten in der Altersgruppe »Kinder und Jugendliche«. Die Einsendungen müssen bis zum 30. September 2015 bei Andreas Mroß, Straße des Friedens 7, 16227 Ebers-

walde, Tel. 03334-354 679 eingetroffen sein. Jede/r Autor/in soll der Einsendung eine Titelliste beifügen. Die einzelnen Fotos sind auf der Rückseite am unteren Rand mit dem Namen des Autors, der Anschrift, dem Titel und der Kategorie haltbar zu beschriften. Die Teilnahmegebühr pro Einsender beträgt 5 Euro. Für Mitglieder des Kulturbundes, der GfF, des DVF sowie für Teilnehmer der Kategorie »Kinder und Jugendliche« beträgt die Teilnahmegebühr 2,50 Euro. Für die Rücksendung der Fotos ist das Porto in Form von Briefmarken sowie eine geeignete Verpackung beizufügen.

Die Jury wird vom Veranstalter berufen und entscheidet unter Ausschluß des Rechtsweges über die Auswahl der Bilder und die Vergabe der Preise. Alle Einsender werden schriftlich über das Ergebnis der Jurytätigkeit informiert.

Die Ausstellung wird am 7.11.2015, 11 Uhr in der Kleinen Galerie im Sparkassenforum in der Michaelisstraße in Eberswalde eröffnet. Die Rückgabe der Bilder erfolgt ab März 2016

Gesellschaft für Fotografie, LV Brandenburg
Fotoklub im Eberswalder Kulturbund e.V.

Am Tag des Sieges in Moskau

Die Idee, den 70. Jahrestages des Sieges über den Hitlerfaschismus in Moskau mitzuerleben, kam mir im Dezember. Damals begann gerade eine neue Welle der Hetze gegen Rußland, untermalt mit böartigen Lügen zur historischen Befreiungstat der Sowjetarmee vor 70 Jahren.

Wir weilten vom 5. bis 12. Mai in Moskau, zwar nur zu zweit, aber mit einer großartigen Begeisterung. Als Deutsche mit guten Absichten waren wir nicht die einzigen. Wir trafen beispielsweise auf Gäste aus Rostock und Riesa. Daß Frau Merkel nicht zur Siegesparade nach Moskau kam, ist ein großes Minus für Deutschland.

Wir waren viel unterwegs und sahen schon am 7. und 8. Mai viele Delegationen aus allen Regionen, die am Shukow-Denkmal und der ewigen Flamme Kränze niederlegten.

Nach der Parade am 9. Mai folgte die Demonstration, bei der die Kinder, Enkel und Ur-enkel Bilder mit ihren im Großen Vaterländischen Krieg gefallenen Eltern, Groß- und Ur-

großeltern mitführten. Es war sehr beeindruckend. Wir als Veteranen bekamen immer wieder rote Nelken und kleine Geschenke.

An Straßenkreuzungen standen Gruppen mit Instrumenten, die bekannte russische Lieder sangen, wo ich natürlich stehen blieb und mitgesungen habe.

Der russische Mensch ist ganz anders als uns heute in den deutschen Medien präsentiert wird. Ich habe das schon vor 6 Jahren auf der Insel Krim gesehen, speziell in Sewastopol, wo die Jugend die Toten des 2. Weltkrieges ehrte.

Die Völker der Sowjetunion erbrachten im Kampf gegen den Faschismus den höchsten Blutzoll. 27 Millionen Menschen starben, die meisten davon waren Zivilisten. Das ist nichts, was Deutschland wieder gut machen kann.

Was wir können, ist das Gedenken an die Toten und die Erinnerung an den Sieg über den Hitlerfaschismus wachzuhalten. Deshalb waren wir zum 70. Jahrestag des Sieges in Moskau.
NORBERT GLASKE

SPD Panketal am 70. Jahrestag der Befreiung

Panketal (spd). Am 8. Mai kam die SPD Panketal am Gedenkstein mit der Aufschrift »Die Würde des Menschen ist unantastbar« zusammen, um der Schrecken und des Endes des zweiten Weltkrieges zu gedenken. »Nie wieder soll eine Generation ein solches Leid erfahren müssen«, so Richard Specht, Vorsitzender des Ortsvereins. »Wir müssen aus der Vergangenheit lernen, damit sie sich nicht wiederholt! Aktuell heißt das, den Opfern von Krieg, Flucht und Vertreibung Willkommen zu sagen und in unserer Mitte eine sichere und würdige Heimat zu bieten.«



Richard Specht, Ursula Gambal-Voß, Olaf Mangold, Bettina Budnik, Thorsten Wirth (v.l.n.r.).

Offene Gartentage 2015

Nachdem der letzte Winter unsere Gartenpflanzen gänzlich verschonte, Spätfröste ausblieben, sich die Eisheiligen vornehm zurückhielten, der zurückgekehrte Star sich größte Mühe beim Amselnachsingen gab, im Gartenteich besonders große Libellenlarven schwimmen, erwarteten wir im Plantasie-Garten entspannt den Saisonbeginn der »Offenen Gärten Berlin-Brandenburg«. Nach dem Auftakt im Mai ist der Garten im Rahmen der offenen Gärten Berlin/Brandenburg und der Offenen Gärten Uckermark auch an folgenden Tagen für Besucher geöffnet: 20./21. Juni, 5./6. September sowie 3./4. Oktober, jeweils von 10 bis 18 Uhr.

Für 2 Euro kann man ein Programmheft und eine Eintrittsplakette kaufen, die zur Besichtigung sämtlicher im Programmheft aufgeführter Gärten für alle Veranstaltungen berechtigt.

MATHILDE PIETZNER und ANDREAS TIMM
Plantasie-Garten, Eichwerderstr.1, Eberswalde
www.galerie-plantasie.de, www.plantasie.de
www.offene-gaerten-berlin-umland.de

Vorschläge gesucht

DIE SPD-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung Eberswalde vergibt im September 2015 zum sechsten Mal den Dr. Ursula Hoppe Sozialpreis, einen Preis für soziales Engagement in der Stadt Eberswalde. Bis zum 8. Juni werden dafür Vorschläge gesucht. Die Auszeichnung ist mit 400 Euro dotiert.

Mit der Preisverleihung wird als sichtbares äußeres Zeichen des Dankes und der Anerkennung beispielhaftes Handeln im sozialen Bereich ausgezeichnet, das – oft unbemerkt von der Öffentlichkeit – im Dienste des Menschen und zum Wohle der Gemeinschaft in der Stadt Eberswalde erbracht wird. Dr. Ursula Hoppe hat sich als Kreisjugendärztin in hohem Maße für die Menschen in der Stadt Eberswalde eingesetzt. Der Preis erhält damit auch das Andenken ihres sozialen Wirkens aufrecht.

HARDY LUX

Buch zum Boxenstopp

Eberswalde (bbp). Dr. Stefan Schanzenbächer, Projektleiter des Boxenstopp-Projekts an der Grundschule Schwärzese, hat jetzt auf ein neues Buch über das Boxenstopp-Schulprogramm »Wir für uns« hingewiesen. Das Buch ist im Verlag an der Ruhr erschienen mit dem Titel »Gewaltfreie Klasse – gewaltfreie Schule«.

»In Zusammenarbeit mit der Schulleiterin der Grundschule Schwärzese in Eberswalde, Frau Anke Billing«, so Dr. Schanzenbächer, »beschreiben wir darin das erfolgreiche Schulprogramm und welchen Nutzen es für andere Schulen hat.«

Das Buch bildet zugleich die Basis für die Boxenstopp-Qualifikation »Schulklima verändern – Sozialkompetenzen stärken«, die am 18. Mai mit einer Einführungsveranstaltung in der Schwärzeseeschule startete.

Gedenken und Nachdenken

Ein Stadtbummel in die Geschichte

Nahezu ein Menschenalter ist vergangen, als über unserer Heimatstadt noch kurz vor Kriegsende ein Inferno hereinbrach. Ein Inferno, verursacht von eigenen Landsleuten in Kampfflugzeugen. Was war geschehen? In der Nacht vom 25. zum 26. April 1945 stand das Eberswalder Stadtzentrum und zahlreiche Wohn- und Geschäftsbereiche in anderen Stadtteilen in Flammen. Dieses heimtückische Bombardement und seine Folgen ist für alle Zeiten als böses Trauma in der Eberswalder Stadtgeschichte festgeschrieben. Über das Ereignis ist bereits ausführlich berichtet worden, zuletzt in der Maiausgabe der »Barnimer Bürgerpost« (BBP 5/2015).

Wenige Tage nach dem 70. Jahrestag dieses verwerflichen Geschehens unternahmen wir, d.h. einige stadtgeschichtlich Interessierte und politisch Gleichgesinnte, einen Stadtbummel besonderer Art. Wir hatten uns vorgenommen, die vernarbten Wundstätten der deutschen Untaten aus der Luft nochmals in groben Zügen in Erinnerung zu bringen. Im Einklang damit wollten wir zugleich auf die sichtbaren Veränderungen in unserem Stadtbild aufmerksam machen. Vieles wurde neu erbaut und ansehnlich gestaltet. Dennoch klafft auch nach 70 Jahren noch so manche Lücke. Ein Mitstreiter unserer Runde hatte ein Notizbuch mit der eingezeichneten Marschroute dabei und schon zogen wir los.

Wie ein Wunder: Die beiden Rathäuser blieben stehen

Der Startschuß zu unserem Rundgang fiel im Stadtzentrum am Löwenbrunnen unweit vom »Paul-Wunderlich-Haus« und unmittelbar am Rathaus. Vor 70 Jahren war hier im Stadtzentrum alles niedergebrannt und ein beißender Rauch fegte über die noch unversehrten Gebäude hinweg und hüllte sie ein, wie Zeitzeugen berichteten.

Wie durch ein Wunder blieben beide Rathäuser, das Alte und das Neue sowie die historische Löwenapotheke fast unversehrt. Zahlreiche kleine und viele ansehnlichere Geschäfte verschiedenster Art – gewissermaßen Herz und Seele der Geschäftswelt in Eberswalde – waren niedergebrannt. Linksseitig von unserem Standort schloß sich die Friedrich-Ebert-Straße an, früher Neue Kreuzstraße. Sie war ebenfalls stark zerstört. Diese Richtung interessierte uns allerdings weniger, unser Ziel hieß Finowkanal und sein hiesiges Umfeld.

Am Standort der eindrucksvollen Rathaus-Passagen, die erst nach der Wende emporgewachsen, verweilend, erinnerten wir daran, daß auch hier nach der Bombennacht alles in Schutt und Asche lag. Später wurde diese beachtliche Fläche als Parkplatz und Wochenmarkt genutzt. Mitunter gastierte hier auch so mancher Zirkus.

Darauf lenkten wir unsere Schritte zur Friedensbrücke. Die neue, großangelegte, dem gewachsenen Straßenverkehr entsprechende Straßenführung nebst Finowkanalüberführung begräbt unter sich die Fundamente der Stolz'schen Mühle, den zugeschütteten Mühlenteich, einer Ausbuchtung der Schwärze, und anderes.

Noch ein paar Meter und wir setzten unseren Fuß auf die Friedensbrücke. Linker Hand

unter uns regelte damals eine Hubbrücke den Schiffs- und entsprechend den Straßenverkehr. Die stählerne Brücke, ein Meisterwerk des Brückenbaus, lag im April 1945 gesprengt im Kanal. Den Übergang zum Schlachthof, dem Nordteil der Stadt, bzw. Sankt-Georg und dem Krankenhaus für Psychiatrie (früher Brandenburgische Landesirrenanstalt) sicherte danach viele Jahre eine provisorische Holzbrücke.

Der sich rechter Hand befindende Schlachthof war ebenfalls durch Bomben beschädigt worden, wie auch Teile des Wohnumfeldes. Ohne die Brücke gänzlich zu überqueren, bogen wir in Richtung Bergerstraße ab, über die neue Brücke an der Schwärzemündung in den Kanal hinweg, vorbei an der fast gänzlich zerstörten Michaelisstraße, wo heute das »Sparkassenforum« etabliert ist. Voraus verlief jetzt die Bergerstraße. Teile dieser Straße waren erheblichen Zerstörungen anheim gefallen. Wir verhielten wir unsere Schritte vor dem Standort des ehemaligen Eberswalder Stadttheaters. Damals völlig zerbombt und ausgebrannt, wurden die Gemäuer später dem Erdboden gleichgemacht und ein großes Grundstück bot sich für Neues.

Einer unserer Mitstreiter, ein schon sehr betagter Herr, ergänzte unsere Betrachtungen mit der interessanten Anmerkung, daß in dieser beliebten Eberswalder Kulturstätte die Operettenklänge schon im zeitigen Frühjahr 1945 verhallt waren. Der Spielbetrieb war eingestellt worden. In den nunmehr leerstehenden Räumen wurden noch kurz vor Toresschluß Maschinenpistolen aus Einzelteilen zusammengesetzt und an der Rückwand des anliegenden Posthofes eingeschossen, wie er versicherte. Heute thront auf diesem Gelände der Telekom-Koloß.

Versuchte Rettung der Obusse

Nach kurzer Wegstrecke erreichten wir das Areal der ehemaligen Gasanstalt mit zwei Gaskesseln. Hier wurde Steinkohle zu Stadtgas verkocht und übrig blieb Koks. Der kleinere der beiden Gaskessel war stark beschädigt. Später nannte die Stadt das Werk KWU, was für Kommunalwirtschaftsunternehmen stand. Mit dem Anschluß der Stadt ans Ferngasnetz war die herkömmliche Gasanstalt dann überflüssig und wurde entfernt. Zuvor hatte es noch einen tödlichen Arbeitsunfall gegeben. Übriggeblieben und noch gegenwärtig anzuschauen sind lediglich das ehemalige Straßenbahn- und Obusdepot (heute Autohaus Schley), ein Verwaltungsgebäude an der Bergerstraße und die erhaltengebliebenen Elektrowerkstätten am Kanal.

Letztere dienen heute gastronomischen und touristischen Zwecken. Auch andere Unternehmen haben sich hier später angesiedelt.

Beherrzte Anwohner hatten in der Bombennacht versucht, Fahrzeuge aus dem Depot zu holen, was aber nur teilweise gelang. Trotzdem fuhr der Obus bald wieder, allerdings auf Vollgummirädern und in Ostrichtung nur bis zur Gertraudenstraße.

Die Ecke Bergerstraße/Zimmerstraße gelegene Stammkneipe der Gasarbeiter namens »Zur Ratswaage« erfreute sich großer Beliebtheit, war aber gleichermaßen dem Bombenhagel zum Opfer gefallen. Ihren Namen hatte die sprichwörtliche »Bierschwemme« von der großen LKW- und Pferdefuhrwerkswaage in der Einfahrt zur Gasanstalt auf der gegenüberliegenden Straßenseite.

Schau um Dich und in Dich

Schließlich führte uns der Weg an der damals gesprengten Wilhelmsbrücke vorbei. Links von der Brücke in Richtung des heutigen Leibniz-Wohnviertels gesehen, dehnte sich nach 1945 eine weitläufige Müllkippe aus. Die dortigen Finowkanalteiche wurden zugeschüttet. Dorthin verbrachte man den Abrißschutt der Ruinen vom Stadtzentrum sowie von der Stolz'schen Mühlenruine. Extra zu diesem Zweck verlegte man eine Feldbahntrasse vom Stadtzentrum, die Bergerstraße entlang bis dorthin. Kleine Feldbahnloks transportierten in Loren den Schutt zur Kippe. Die Transporte könnten 1948 vonstatten gegangen sein. Heute begegnen uns hier häßliche Überbleibsel einer ehemaligen BHG-Verkaufseinrichtung, ein Feuerwehrdepot und etwas abseits mehrere Autohäuser.

Aus dem verahrlosten Holperweg entstand später eine praktikable Verlängerung der Bergerstraße bis hin zum Bahnhof.

Dann wendeten wir uns den Gebäuden des Spar- u. Bauvereins zu, wo es damals auch Zerstörungen und viele Trümmer gab.

Unmittelbar am Ende unseres Stadtbummels verweilten wir vor einem Wohnhaus. Über dem Eingang prangt ein in Stein gemeißelter Spruch: »Schau um Dich – schau in Dich«. Und in der Tat, das war eigentlich schon immer eine unserer Lebensmaximen. Und so wird es auch bleiben!

Einhelliger Auffassung, daß diese Aufforderung angesichts der Weltentwicklung 70 Jahre nach dem Ende des grausamen Krieges wieder hoch aktuell ist, gingen wir erbaut und dennoch sehr nachdenklich auseinander.

DIETER KEMPFFERT

Preiswerte Freiheit

Ein Journalist aus Hamburg war zum Einheitsjubiläum wieder mal im Osten unterwegs und gab in einer großformatigen Wochenschrift kund und zu wissen, was ihm »selbst in den kleinsten Dörfern« aufgefallen ist.

Zum Beispiel die offenbar unausrottbare Nostalgie. Zum Beleg für die verklärenden Erinnerungen an die Zustände unter der Knute der beiden Erichs führt er an, daß damals – so wurde es ihm berichtet – Frauen auch nachts unbehelligt nach Hause gehen konnten. Das Faktum als solches interessierte ihn nicht, es wär ihm auch sehr schwergefallen, es zu widerlegen. Also tat er das, was routinemäßig zum Instrumentarium der selbsternannten DDR-Erklärer gehört: Alles, was nicht in den Kram paßt, wird ironisiert (»Es war ja nicht alles schlecht...«) oder dergestalt geächtet, daß real Erlebtes sich im Laufe der Jahre vernebelt habe. Immer dann, wenn die Rede auf Sachverhalte kommt, die zumindest nachdenkens-, wenn nicht sogar bewahrenswert bleiben, aber eben auf DDR-Mist gewachsen sind, folgt zunächst der Nostalgievorwurf, bevor die ganz grobe Keule geschwungen wird: »Das ist nun mal der Preis der Freiheit!« Will da jemand die bananenlose Stasirepublik reanimieren, hat noch jemand Fragen?

Das eingespielte Team der bürgerlichen Medien, das noch immer dem Ostler gern behilflich ist beim Erklären der DDR-Verhältnisse und ihn somit offensichtlich für zu blöd hält, seinen Sinnen getraut zu haben, fühlt sich in der Rolle als Hilfsschulpauker Bams-fidel. Im gleichem Atemzug wird die Entmündigung der

Zonis – übrigens auch ein Lieblingsthema des Herrn Bundespräsidenten – bejammert und auf onkelhafte Weise Entmündigung betrieben. Bevorzugt wird eine simple, auch für bildungsferne Schichten begreifliche Logik. Wer die Banane, die glänzenden Autos, die billigen Jeans, die Reise nach Malle und die freien Wahlen wollte – und das alles wolltet ihr ja – muß eben auch ein bißel Korruption, Altersarmut, Frau von der Leyen, organisierte Kriminalität, Wuchermieten und Hartz-Vier hinnehmen. Es ähnelt einer Verkaufsunart aus Vorwendezeiten: Wer »Das Magazin« haben wollte, mußte die DSF-Illustrierte »Freie Welt« (!) dazukaufen. Der Versüßung des Systems auf der einen Seite steht die unendliche Geschichte der DDR-Verteufelung gegenüber, die mit einer objektiven Aufarbeitung (auch deren inhumanen Erscheinungen gegenüber) nichts zu tun hat.

Das Verfahren ist so neu nicht. Leute mit intaktem Gedächtnis erinnert es an die nämliche, nur eben im Kehrwert praktizierte und plump gehandhabte Masche sozialistischer Agitprop. Im Westen mag ja manches glitzern, aber die Westbewohnerschaft setzt sich aus Arbeitslosen, Neu- und Altnazis, Revanchisten und verfolgten Friedenskämpfern zusammen. Wir hier im gelobten Land hingegen haben alle Arbeit, billige Mieten, FDGB-Ferienplätze und Walter Ulbricht.

Daß der uns mit der Maut was vorgelogen hat, steht auf einem anderen Blatt wie auch die Verkündung der Kanzlerin, mit ihr werde es nie eine Mauer geben.

Dr. STEFFEN PELTSCH

Solarboote auf dem Werbellinsee

Bereits zum fünften Mal veranstaltet der Solarbootverein Berlin-Brandenburg e.V. die Europameisterschaft für Solarboote auf dem Werbellinsee. Am 13. Juni um 10 Uhr starteten am Gelände des Kanuclubs Stahl Finow in Wildau die 15 Boote aus ganz Deutschland und den Nachbarländern Polen und Holland. Starker Favorit in der EU-Klasse III ist wieder das Rennboot der Technischen Universität Danzig (Foto). Die »Abonnenten« auf die ersten Plätze in der Klasse II dürfen sich Sorgen machen: Mit dem neuen Boot »Perfect Life« des Jugendclubs Finowfurt erwächst ihnen neue, starke Konkurrenz. Auch die Klasse I der kleinen Boote mit maximal 250 Watt Solarleistung ist wieder gut besetzt. Wir erwarten wieder spannende Rennen in den Kategorien Sprint, Slalom und Langstrecke.



Foto: SHANG HANG LEE

Zum ersten Mal erwarten wir einen Gast aus Rußland. Der Leiter der Solarbootregatta in St. Petersburg, EVGENY KASANOV, besucht die Regatta am Werbellinsee als unser Ehrengast. Geplant ist eine engere Zusammenarbeit mit den russischen Solarbootfreunden, die gerade am vergangenen Wochenende ihre zweite Solarbootregatta durchführten.

Prof. HARTMUT GINNOW-MERKERT

Das Letzte

Dies konnten wir in der MOZ vom 16./17. Mai 2015 lesen: »Mit im wesentlichen konstanten Preisen und vielfältigeren Möglichkeiten der letzten Ruhe soll die Nachfrage nach Beerdigungen in Eberswalde konstant gehalten werden.«

Da habe ich mich zunächst gefragt: Wer fragt hier nach – Bestatter, Standesamt oder Friedhofsverwaltung? Und was bedeutet »konstant halten«? Kann man durch das Angebot an Bestattungsmöglichkeiten die Zahl der Todesfälle »bedarfsgerecht« hoch- oder auch herunterregeln, um sie konstant zu halten? Wie funktioniert das?

Mehr Bestattungsplätze bedeuten mehr Todesfälle – oder auch umgekehrt? Hier hat die Stadt Eberswalde offenbar ein innovatives Konzept. Das wäre doch eine Pfunds Idee: Weniger Friedhöfe – und schon sinkt die Zahl der Todesfälle und das Problem Bevölkerungsrückgang ist gelöst!

Hier sollte die Stadt – sie ist ja sogar Gesellschafter der Gesellschaft für Leben und Gesundheit (GLG) – von ihrem »know-how« abgeben. Weniger Krankenhausbetten und es werden weniger Menschen krank – oder ist es doch eher umgekehrt?

Da fallen mir noch zwei kräftige Schlagworte ein: »Aktive Gesundheitspolitik durch weniger Krankenhausbetten« und »aktive Sterbepolitik« durch mehr (oder weniger?) Liegeplätze – hört sich doch gut an, oder?

Bisher dachte ich immer, daß man Krankheit durch Sport, weniger Streß und gesunde Ernährung vermeiden und vielleicht ein wenig steuern kann. Bisher dachte ich immer, daß die Zahl der Todesfälle, also die Nachfrage nach Beerdigungen, mit dem allgemeinen Gesundheitszustand der Menschen und der Altersstruktur zu tun hat.

Die Steuerungsmöglichkeit über Krankenhausbetten und Friedhofsplätze – das war für mich neu! Ich werde noch einmal gründlich darüber nachdenken!

JOHANNES MADEJA

Sturmgewehre

Die Sturmgewehre treffen nicht,
Ursula mit Schrecken im Gesicht.
Man kann damit nicht richtig morden
das macht der Ursula mächtige Sorgen.
Viele Steuergroschen wurden verbraten
für todbringende Waffen und Soldaten.
Sagt mir, was geht in der Regierung vor
für die Sorgen der Bürger haben sie kein Ohr.

DIE ROTE OMA

Öffentliche Rentensprechstunde

Die Renten bleiben ein brisantes Thema. Daher gibt es auch 2015 jeden zweiten Mittwoch im Monat, jeweils von 10 bis 13 Uhr, bei der Volkssolidarität in der Mauerstraße 17 (Richterplatz) in Eberswalde Hilfestellung beim Lesen von Rentenbescheiden und Formulieren von Widersprüchen. Der nächste Termin ist der 10. Juni. ANDREA HOEHNE

Vielfalt ist Zukunft Tauschen, Leihen, Verschenken

Aktionen gegen Naziaufmarsch in Neuruppin

Am 6. Juni 2015 will die Initiative »Zukunft statt Überfremdung« in Neuruppin einen so genannten »Tag der deutschen Zukunft« veranstalten. Es handelt sich um einen Aufmarsch von Neonazis aus dem ganzen Bundesgebiet.

Dem tritt ein breites antifaschistisches Bündnis entgegen. Unter dem Motto »Vielfalt ist unsere Zukunft – Schöner leben ohne Nazis!« organisiert das Bündnis am 6. Juni ab 10 Uhr in Neuruppin zu einem multikulturellen Fest.

Die Eberswalder Stadtverordnetenversammlung am 28. Mai habe ich genutzt, um auf den Aufruf vom Aktionsbündnis »Neuruppin bleibt bunt« und dem Aktionsbündnis Brandenburg aufmerksam zu machen. Baudezernentin Anne Fellner wird die Stadt Eberswalde an diesem Tag in Neuruppin vertreten.

Es ist nicht hinnehmbar, wenn Rechte wegen einer vermeintlichen Überfremdung Ängste schüren. Daher sollte das Straßenkulturfest FinE am 6. Juni genutzt werden, um auch in Eberswalde deutliche Zeichen für Toleranz und Weltoffenheit zu setzen.

Die Politik auf allen Ebenen ist täglich gefordert, Politik für und mit den Menschen zu machen, um der Nazibrut die Grundlagen ihres Handelns zu entziehen. Aktionismus und Sprechblasen sind entbehrlich. Toleranz, Transparenz, Bürgernähe und Nachhaltigkeit ist angesagt. Und zwar nicht nur am 6. Juni in Neuruppin!

CARSTEN ZINN

Seit Mai 2012 gibt es in Eberswalde einen Tauschring. Inzwischen hält die Gruppe ihren Tausch-, Leih- und Verschenkeladen in der Eisenbahnstraße 69 an zwei Tagen in der Woche offen. Jeweils Dienstag und Freitag können Interessierte hier von 15 bis 19 Uhr tauschen, verleihen, verschenken, quatschen, chillen, unterstützen, Kaffee trinken, neue Leute kennenlernen und vieles andere.

Die Ambitionen des Eberswalder Tauschrings reichen über das von ähnlichen Initiativen bekannte Anliegen hinaus. Die Etablierung eines Tauschsystems, oft mit einer eigenen »Ersatzwährung«, versucht zwar aus den Zwängen des kapitalistischen Verwertungsprozesses auszubrechen, reproduziert diese Prozesse aber letztlich nur.

Die Eberswalder Gruppe hat auf ihre Fahnen geschrieben: »Nachhaltig und regional wirtschaften. Frei, fair und gerecht tauschen, leihen und verschenken in Eberswalde und Umgebung«. Leihen und vor allem Verschenken bricht mit einem grundlegenden Axiom der Warengesellschaft, dem Austausch äquivalenter Werte.

Vordergründig geht es darum, Gebrauchsgegenstände, die der eine oder die andere nicht mehr braucht, anderen zu überlassen. Das ist nicht weiter revolutionär und hat als ideellen Hintergrund vor allem mit dem Bedürfnis zu tun, sich gegen die allgemeine Ressourcenverschwendung und die wachsenden Müllberge zu engagieren. Doch ein Keim zur Aufhebung der Warengesellschaft ist enthalten.

GERD MARKMANN

Veränderte Öffnungszeiten

Eberswalde (prest-ew). Ab dem 1. Juli 2015 gelten in der **Stadtbibliothek Eberswalde** neue Öffnungszeiten. Die Bibliothek hat dann wie folgt geöffnet: Montag & Freitag von 14 bis 18 Uhr, Dienstag & Donnerstag von 10 bis 18 Uhr und am Sonnabend von 10 bis 14 Uhr. Am Mittwoch hat die Stadtbibliothek geschlossen.

Die Änderungen erfolgen, um die Öffnungszeiten der städtischen Einrichtungen anzugleichen. Dienstag und Donnerstag sind als Behördentage mit Öffnungszeiten bis 18 Uhr bekannt. Das soll auch für die Bibliothek gelten.

Wasserturm hat länger auf

Finow (bbp). Aufgrund des FinowCup bietet der Wasserturm in Finow am Sonnabend, den 20. Juni, verlängerte Öffnungszeiten an. Er hat an diesem Tag von 10 bis 22 Uhr geöffnet. Darauf weist Ringo Wrase vom »Förderverein Finower Wasserturm und sein Umfeld e.V.« hin.

Zu den normalen Öffnungszeiten kann der Ausblick vom Wasserturm von Ostern bis nach den Herbstferien jeweils Freitag, Sonnabend sowie Sonn- und Feiertags von 10 bis 17 Uhr genossen werden. Der Eintritt beträgt für Erwachsene 3 Euro und für Schüler, Auszubildende und Studierende 1 Euro. Kinder unter 6 Jahren haben freien Eintritt.

Neben dem weiten Ausblick vom Turm über das Finowtal können die Besucher zwei Ausstellungen zur Entstehungsgeschichte und zur Funktionsweise des Turms besuchen. Weitere Informationen: www.wasserturm-finow.de.

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO = 9 Euro + 3 Euro Spende)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 10 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 3 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer Bank Bankleitzahl

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in

Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten)

Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

eMail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung der o.g. Angebote)

Coupon senden an: Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)

impressum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon/fax: (0 33 34) 35 65 42 / 25 92 10

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

bbpforum: [bbp-forum+subscribe@googlegroups.com](https://www.google.com/groups?ik=bbp-forum)

redaktion: Gerd Markmann

druckerei: Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088

redaktionsschluß: 28. Mai 2015

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto bei der Berliner Volksbank, IBAN: DE27 1009 0000 3599 4610 00, BIC: BEVODE33. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO+.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 16. Juli 2015.